

INFORMATIONEN

aus der amtlichen Statistik

**Nr. 2/ 2006
April – Juni 2006
(1039999-06002)**

Statistisches Bundesamt

Zur Information der Mitglieder des Statistischen Beirats.
Nachdruck oder Berichterstattung nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Inhalt	Seite
53. Jahrestagung 2006 des Statistischen Beirats	5
59. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)/ 48. EWR-Konferenz	6
Konferenz Europäischer Statistiker (CES)	9
3. Sitzung des „OECD-Statistikausschusses“ in Paris	10
Rahmenvereinbarung über eine ämterübergreifende Aufgabenerledigung in der amtlichen Statistik	12
Strategie- und Programmplan des Statistischen Bundesamtes 2006 bis 2010	12
Besuch von MdB Dr. Michael Fuchs im Statistischen Bundesamt	12
Mitarbeiterpreis 2006 vergeben	12
Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen	13
EDS Webseite: Neue Rubrik „Thema des Monats“	13
Jahresbericht 2005 des Statistischen Bundesamtes	14
Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung	14
Q2006 - European Conference on Quality in Survey Statistics	14
3. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten 2006	14
Einführung des Standardkosten-Modells	15
Wohlfahrtsmessung: Workshop „Well being“	15
Informationstechnik	16
eSTATISTIK.core entlastet Unternehmen	16
Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit	16
32. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	16
Arbeitsmarktdaten für wissenschaftliche Analysen	17
Klassifikationen	17
Fachausschuss Klassifikationen	17
Preise, Außenhandel	19
Auswirkungen einer etwaigen Mehrwertsteuererhöhung auf den Verbraucherpreisindex	19
Im Blickpunkt: „Preise in Deutschland 2006“	19
Onlinemeldungen für den Intrahandel mit neuer IDEV-Software	19
Pressegespräch „Konjunkturmotor Export“	21
Bevölkerung, Bildung	21
Neue Modellrechnung zur Lebenserwartung	21
Bericht „Bildung in Deutschland“	22
Hochschulen auf einen Blick	22
Landwirtschaft, Umwelt	22
Im Blickpunkt: „Landwirtschaft in Deutschland und der EU“	22
Fachausschuss Landwirtschaftsstatistiken	22
Fachausschuss Umweltstatistiken	24
Gesundheit, Mikrozensus, Haushalte	24
Neues Krankenhausverzeichnis	24
Ergebnisse des Mikrozensus 2005	24
Einladung zum Mikrozensus-Nutzer-Workshop	25
Neue gesetzliche Grundlage für die IKT-Erhebung bei privaten Haushalten	25
Organisation des Statistischen Bundesamtes	26
Messung von Bürokratiekosten auf der Grundlage des Standardkosten-Modells	26
Personalnachrichten	26

Anhang

Tagungskalender

Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: 10. Juli 2006

53. Jahrestagung 2006 des Statistischen Beirats

Der Statistische Beirat hat auf seiner 53. Tagung am 21. Juni 2006 in Wiesbaden seine Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Bundesstatistik in der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestags bekräftigt.

In diesem Zusammenhang stellt der Statistische Beirat fest: Die amtliche Statistik ist eine unverzichtbare Säule der Informationsinfrastruktur unseres Landes. Die amtliche Statistik liefert die notwendigen Informationen für politische und wirtschaftliche Entscheidungen, für administratives Handeln, für wissenschaftliche Analysen und für die Orientierung der Bürger. Qualitativ hochwertige amtliche Statistiken stellen daher einen bedeutsamen Standortvorteil dar und leisten einen wichtigen Beitrag zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Ein weiterer Beratungspunkt war der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Strategie- und Programmplan 2006–2010, der als primär intern ausgerichtetes Planungsinstrument zur Aufstellung des Haushaltsvoranschlags und der mittelfristigen Finanzplanung, der IT-Planung und des Jahresarbeitsprogramms dient. Der Statistische Beirat ist der Auffassung, dass der Strategie- und Programmplan 2006–2010 einen differenzierten Überblick über laufende Aufgaben und aktuelle Planungen des Statistischen Bundesamtes gibt und betont, dass durch die Angabe der Kosten wichtige Zusatzinformationen geliefert werden. Auch die Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Weiterentwicklung der Bundesstatistik wurden, soweit das konzeptionell sinnvoll ist, in die interne Programm- und Ressourcenplanung des Statistischen Bundesamtes integriert. Der Statistische Beirat beschließt zugleich, die folgenden Maßnahmen der internen Programm- und Ressourcenplanung dadurch zu unterstützen, dass er sie in seine Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Bundesstatistik aufnimmt:

- Weiterentwicklung des Unternehmensregisters im Hinblick auf die neue Unternehmensregisterverordnung,
- Untersuchung von Kostenstrukturen im Dienstleistungsbereich,
- § 7-Erhebung zur Geburtenentwicklung,
- Weiterentwicklung der Kulturstatistik,

- Integriertes Mikrodatenfile,
- Qualitätssicherung der Finanzstatistiken als Basis für das EU-Notifikationsverfahren und Umsetzung der Novelle des Finanz- und Personalstatistikgesetzes (FPStatG).

Der Statistische Beirat spricht sich dafür aus, dass sich Deutschland mit einem registergestützten, durch Stichproben ergänzten Zensus an der für 2010/2011 EU-weit geplanten Zensusrunde beteiligt. Ein registergestützter Zensus ist wesentlich belastungsärmer und kostengünstiger als eine herkömmliche Volkszählung. Ergänzt durch eine postalische Befragung der Gebäudeeigentümer/-verwalter und einige zusätzliche Stichprobenbefragungen ergibt ein registergestützter Zensus zuverlässige Ergebnisse.

Um dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel angemessen Rechnung zu tragen, sind Statistiken immer wieder an neue Phänomene anzupassen. Als positive Beispiele nennt der Statistische Beirat insbesondere die Erweiterung der Statistik über Kindertagesbetreuung, die Revision des Lohnstatistiksystems, die Änderungen in der Finanzstatistik und die Einführung von Erzeugerpreisindizes für den Dienstleistungsbereich.

Im Interesse einer engen Kooperation zwischen Wissenschaft und Statistik fordert der Statistische Beirat, die Arbeit der Forschungsdatenzentren der statistischen Ämter als Daueraufgabe zu verstetigen.

Um die Belastung der Befragten zu reduzieren, empfiehlt der Statistische Beirat, alle technischen Möglichkeiten zur Vereinfachung von Erhebungen auszuschöpfen. Online-Erhebungen gehören seit Jahren zum Instrumentarium der amtlichen Statistik; insbesondere bei den zentralen Erhebungen gibt es für alle 27 internetfähigen Statistiken die Möglichkeit zur Meldung per Internet. Ab 2007 sollen Online-Erhebungen für mehr als 40 weitere Statistiken flächendeckend angeboten werden. Seit Ende 2005 werden in zunehmendem Umfang Unternehmen dadurch entlastet, dass sie ihre statistischen Daten über ein Software-Modul automatisch aus ihrem betrieblichen Rechnungswesen ermitteln und auf elektronischem Wege an eine gemeinsame Datenannahmestelle der statistischen Ämter (eSTATISTIK.core) übermitteln können.

Wichtigste Partner des Statistischen Bundesamtes bei Gestaltung und Weiterentwicklung von System und Programm der Bundesstatistik sind die im Statistischen Beirat vertretenen Institutionen. Der Statistische Beirat hat in seiner Tagung am 21. Juni 2005 einer regelmäßigen Messung der Zufriedenheit der Partner zugestimmt. Die Befragung, die künftig in dreijährlichem Rhythmus stattfinden soll, wurde im Frühjahr 2006 erstmals durchgeführt und die Ergebnisse wurden dem Beirat präsentiert. Für die Zukunft ist der Aufbau eines sog. „Beirats-Barometers“ vorgesehen, das Veränderungen im Zeitablauf widerspiegelt. Die Umfrage zeigt, dass in allen Bereichen – trotz insgesamt positiver Voten – Verbesserungsmöglichkeiten gesehen werden. Der Statistische Beirat nimmt das Ergebnis der ersten Nutzerumfrage zur Messung der Partnerzufriedenheit zur Kenntnis und bittet das Statistische Bundesamt, die Erhebung im Jahr 2009 zu wiederholen.

In einer Präsentation stellt das Statistische Bundesamt das „Standardkosten-Modell (SKM) zur Ermittlung der durch bundesstaatliche Informationspflichten verursachten Bürokratielasten“ vor. Die Große Koalition hat das Thema Bürokratieabbau zu einem politischen Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Am 25. April 2006 hat das Bundeskabinett ein Maßnahmenpaket zur Reduzierung bürokratischer Lasten beschlossen. Weitere Ausführungen sind dem ausführlichen Beitrag zur „Einführung des Standardkosten-Modells“ auf Seite 15 dieses Heftes zu entnehmen.

Weitere Tagesordnungspunkte waren der jährliche Bericht über die Aktivitäten und Ergebnisse des Europäischen Beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich, der Stand der Umsetzung des „Verhaltenskodex Europäische Statistiken“ (Code of Practice), ein Bericht zum Sachstand der Umsetzung der Empfehlungen des IWF zur Verbesserung/Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in Deutschland sowie ein Überblick über den Stand der Arbeiten bei den Vorbereitungen der Deutschen Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007.

Zum zweiten Mal hat das Statistische Bundesamt intern zur Verbesserung seiner Kunden- und Nutzerorientierung einen Preis für besonders kundenfreundliche statistische Produkte oder besonders

gute statistische Services vergeben. Eine Jury aus drei Mitgliedern des Statistischen Beirats hat auf der Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten Kriterienkatalogs die diesjährigen Preisträger ausgewählt. Preisverleihung und Würdigung der Preisträger fanden in der Sitzung des Statistischen Beirats statt (siehe ausführlichen Beitrag zum „Mitarbeiterpreis 2006“ auf Seite 12).

Die Tagung wurde abgeschlossen mit Berichten über den aktuellen Sachstand zum Bund-Länder-Projekt „Reform der Unternehmensstatistik“ sowie einer „Präsentation des Konzeptes für die Regelung der Langzeitarchivierung digitaler Mikrodaten im Statistischen Verbund“.

59. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)/ 48. EWR-Konferenz

Unter Beteiligung der Leiter der Statistischen Zentralämter der Europäischen Union (EU) fand am 18. und 19. Mai 2006 die 59. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)/ 48. EWR-Konferenz in Luxemburg statt. Die Leitung der Sitzung hatte der neue Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), Hervé Carré.

Präsident Hahlen berichtete als Vorsitzender der ASP-Partnerschaftsgruppe über wichtige Themen aus der letzten Sitzung: Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in statistischen Rechtsakten, die bessere Einbeziehung der Mitgliedstaaten in die Statistische Programmplanung und die Arbeiten an der Modernisierung des Europäischen Statistikgesetzes. Ende Juni 2006 werden der Leiter des niederländischen Statistikamtes, Gosse van der Veen, und die Leiterin des slowenischen Statistikamtes, Irena Krizman, neue Mitglieder der Partnerschaftsgruppe. Sie lösen die französischen und tschechischen Amtsleiter ab, die nach einer 2-jährigen Mitgliedschaft ausscheiden.

Alle Mitgliedstaaten und EFTA-Staaten stimmten folgenden Verordnungsentwürfen zu: Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates über Konjunkturstatistiken in Bezug auf die Ausnahmeregelungen für die Mitgliedstaaten, Entwurf einer Verord-

nung der Kommission zur Durchführung der Verordnung Nr. 91/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Statistik des Eisenbahnverkehrs im Hinblick auf die technischen Modalitäten der Datenübermittlung, Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft zwecks Festlegung der zu übermittelnden Daten und der Übermittlungsfristen für das Jahr 2007.

Der ASP stimmte bis auf Deutschland dem Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Durchführung und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates über Konjunkturstatistiken im Hinblick auf die Definition der Variablen, die Liste der Variablen und die Häufigkeit der Datenerstellung zu. Aus deutscher Sicht ist die obligatorische Einbeziehung von „Subventionen“ in den „Umsatz“ aus Gründen des Mehraufwands nicht tragbar. Eurostat schlug deshalb vor, diese Variable fakultativ zu stellen.

Die Mehrheit der Mitgliedstaaten sprach sich im Grundsatz für den von Eurostat vorgelegten Verordnungsentwurf des Europäischen Parlaments und des Rates über Energiestatistik aus. Deutschland äußerte mehrere Vorbehalte gegenüber dem derzeitigen Entwurf. Die vorgesehene Lieferfrist der Jahresdaten in Anhang B bis zum 30. September des Folgejahres könne nicht eingehalten werden; Deutschland – unterstützt von anderen Mitgliedstaaten – sprach sich für eine Verlängerung der Lieferfrist bis zum 30. November 2006 aus. Eurostat sagte zu, die Frist entsprechend zu verlängern. Die deutsche Delegation merkte an, dass es für einige der in den Anhängen aufgeführten Aggregate derzeit und auch in absehbarer Zukunft keine Daten liefern könne; dies gelte beispielsweise für die in Anhang D genannte Schnellstatistik (Short Term Questionnaires) für Strom und für Gas. Eurostat sagte zu, mit Deutschland bilaterale Gespräche hinsichtlich möglicher Ausnahmeregelungen zu führen. Deutschland kritisierte außerdem, dass der vorliegende Entwurf sehr wichtige Punkte dem Komitologieverfahren unterstelle, vor allem die Änderung der Liste der zu liefernden Daten. Diese grundlegenden Dinge müssten in der Rahmenverordnung von Rat und Parlament geregelt werden. Deutschland sprach sich für eine Bereitstel-

lung von Regionalergebnissen auf der Ebene NUTS 1 (=Bundesländer) aus. Alle Mitgliedstaaten kritisierten deutlich die Formulierungen des Entwurfs zum Subsidiaritätsprinzip und baten um Neuformulierung unter Beachtung des Rechtsgutachtens des juristischen Dienstes des Rates zum Subsidiaritätsprinzip vom 28. April 2006. Eurostat wird den Entwurf überarbeiten und plant eine baldige Weiterleitung an Rat und Parlament im Rahmen des weiteren Gesetzgebungsverfahrens.

Die meisten Mitgliedstaaten – darunter Deutschland – befürworteten den Verordnungsvorschlag des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft. Einige Mitgliedstaaten votierten dafür, die Angaben zur Variable ‚Einkommen‘ weiterhin nur auf freiwilliger Basis zu erheben. Die Mitgliedstaaten forderten Eurostat nachdrücklich auf, in der Verordnung explizit auf die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips hinzuweisen. Eurostat wird diesen Entwurf ebenfalls überarbeiten.

Auf der Tagesordnung des ASP stand auch ein Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine gemeinschaftliche Statistik über offene Stellen. Der ASP sprach sich für die im Verordnungsentwurf vorgesehene vierteljährliche Statistik über offene Stellen aus, hatte aber große Vorbehalte hinsichtlich des geplanten Detaillierungsgrades der jährlichen Statistik. Deutschland forderte, auf die jährliche differenzierte Erfassung der offenen Stellen nach Berufsgruppen gemäß der Berufsklassifikation ISCO zu verzichten. Eurostat wird den Vorschlag überarbeiten und hierbei den Vorschlag einiger Mitgliedstaaten, ggf. zwei getrennte Verordnungen für die jährliche und die vierteljährliche Statistik vorzusehen, prüfen.

Der ASP begrüßte die Vorschläge Eurostats zur Revision der zentralen Güterklassifikation CPA. Eurostat sagte zu, weiterhin an der Verbesserung der Konsistenz mit anderen Klassifikationen zu arbeiten. Eurostat wird den Mitgliedstaaten die nach NACE 2/CPA 2008 erstellte PRODCOM-Liste bis Ende Juni 2006 zur Abstimmung im schriftlichen Verfahren vorlegen.

Der ASP sprach sich für eine Koordinierung der Arbeiten im Bereich der technischen Zusammenarbeit in Entwicklungsländern aus und unterstützte die Ein-

richtung einer Beratungsgruppe für die Koordinierung der technischen Zusammenarbeit in Afrika. Deutschland wird in der Arbeitsgruppe mitwirken.

Der ASP begrüßte im Grundsatz ein Dokument zur Umorganisation des Nutzergremiums CEIES, das eine Verschlinkung des CEIES und eine Stärkung seiner Funktion im Rahmen der statistischen Programmplanung und Prioritätensetzung vorsieht. Einige Mitgliedstaaten votierten gegen das vorgesehene Stimmrecht des Generaldirektors von Eurostat. Deutschland plädierte dafür, die Zahl der Mitglieder nicht auf 23, sondern auf ca. 35 zu reduzieren. Denkbar sei, dass künftig nur ein privater Nutzer pro Mitgliedstaat (derzeit zwei) im CEIES sitzt. Hinsichtlich der Statistikproduzenten ist es für Deutschland vorstellbar, dass die Zahl der vertretenen Leiter der nationalen Statistischen Ämter auf 5 oder 6 (derzeit alle) sinkt.

Die Mehrheit der ASP-Mitglieder sprach sich für die von der Kommission vorgeschlagene Einsetzung eines neuen hochrangigen beratenden Gremiums aus. Der Vorschlag der Kommission für den Einsetzungsbeschluss des Rates und des Parlamentes müsse aber die Schlussfolgerungen des ECOFIN vom 8. November 2005 widerspiegeln (Beschränkung auf die Überwachung der Umsetzung des Code of Practice und hierbei auf Eurostat). Das Gremium solle also nicht für das gesamte ESS zuständig sein und dem entsprechend auch nicht zum ESS insgesamt berichten, sondern nur zu Eurostat. Aus Sicht der Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, sollte der ECOFIN-Rat die Mitglieder ernennen, um die Unabhängigkeit des Gremiums zu garantieren. Auch sollten die Sekretariatsaufgaben vom Rat wahrgenommen werden. Eurostat wird den Entwurf dementsprechend überarbeiten.

Der ASP nahm das von Eurostat vorgelegte Dokument zum Thema Centres and Networks of Excellence (CENEX) zur Kenntnis. Aus Sicht der Mitgliedstaaten läuft die Implementierung der CENEX immer noch sehr schleppend. Bisher hat lediglich das CENEX Statistische Geheimhaltung mit den Arbeiten begonnen. Eurostat sagt in dem Dokument zu, das interne und externe Management von CENEX zu verbessern, u.a. durch standardisierte Ausschreibungen, schnellere Information der Mitgliedstaaten und klarere Projektbeschreibungen. Deutschland forderte die

Einrichtung eines zentralen CENEX Service Centers bei Eurostat, da hier die Abläufe standardisiert von einer Stelle für alle CENEX übernommen würden. Eurostat hat zugesagt, bis zur nächsten Sitzung der Partnerschaftsgruppe im September 2006 die Möglichkeiten zur Einrichtung eines CENEX-Sekretariats zu prüfen.

Deutschland erhob – unterstützt von einer Vielzahl anderer Mitgliedstaaten – erhebliche Bedenken gegen die Vorgehensweise von Eurostat beim Europäischen statistischen Weiterbildungsprogramm (ESTP). Inhalte und Struktur des ESTP seien nicht ausreichend in den Arbeitsgruppen und im ASP diskutiert worden, bevor die Vorabinformation zur Ausschreibung des ESTP mit 14 Einzelaufträgen am 4. April 2006 im Internet veröffentlicht wurde.

Die deutsche Delegation schlug – unterstützt von anderen ASP-Mitgliedern – Lösungen vor (u.a. Integration in die Arbeitsplanungen, Einberufung der zuständigen Arbeitsgruppe), die Eurostat prüfen wird.

Der ASP begrüßte die Vorlage des Eurostat-Dokumentes zu einem EU-Aktionsplan zur Entwicklung einer umfassenden und kohärenten EU-Strategie zur Erfassung von Kriminalität und Strafrecht. Da die Rechtssysteme in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sind, wird nach Ansicht der ASP-Mitglieder ein sachgerechter internationaler Vergleich der Kriminalität und der Justizsysteme erschwert. Soweit Kriminalstatistiken überhaupt existieren, sind sie sehr stark vom jeweiligen Strafrecht und der Behördenorganisation abhängig. Wichtig sei daher die Verständigung auf einheitliche bzw. harmonisierte Begriffe und Verarbeitungsregeln. Die Einrichtung einer Eurostat-Arbeitsgruppe „Statistiken über Kriminalität und Strafjustiz“ wurde begrüßt.

Deutschland sprach sich gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Statistiken zu Pflanzenschutzmitteln (Pestiziden) aus, u.a. weil es die Verordnung bereits mehrfach als negative Priorität vorgeschlagen hatte. Der Entwurf wird im schriftlichen Verfahren des ASP weiter behandelt.

Die meisten ASP-Mitglieder begrüßten den von Eurostat vorgelegten Entwurf des Statistischen Jahresprogramms 2007. Deutschland stimmte dem Programm nicht zu. Vor allem fehle es an der notwendi-

gen Entschlossenheit bei der Setzung von Prioritäten, um Kapazitäten für die vorgesehenen neuen Aufgaben zu schaffen.

Ein Großteil der Mitgliedstaaten begrüßte den von Eurostat vorgelegten Verordnungsentwurf für das Statistische Mehrjahresprogramm 2008–2012. Deutschland lehnte den Entwurf in seiner bisherigen Fassung ab, denn die von deutscher Seite bereits im Vorfeld der letzten ASP-Sitzung schriftlich vorgebrachten Anmerkungen wurden weitgehend nicht übernommen. Insgesamt sind aus deutscher Sicht die Anforderungen zu umfangreich. Wichtig sei eine klare Prioritätensetzung bei den bisherigen Arbeiten, um Kapazitäten für die vorgesehenen neuen Aufgaben zu schaffen. Dies solle durch konkrete Regelungsmechanismen unterlegt werden, z.B. Sunset Legislation, Berechnung der Kosten- und Belastungen, quantitative Vorgaben für negative Prioritäten. Nicht hinnehmbar ist für Deutschland – und die anderen Mitgliedstaaten – die im Entwurf gemachte Aussage, dass das Subsidiaritätsprinzip keine Geltung habe. Aus deutscher Sicht ist es unabdingbar, dass Abschnitt 4 des Vorgängerprogramms 2003–2007 wörtlich in den Entwurf des neuen Mehrjahresprogramms übernommen wird. Eurostat wird die Anmerkungen der Mitgliedstaaten bei der Überarbeitung des Rechtstextes berücksichtigen.

Am 18. Mai 2006 hatte Präsident Hahlen die deutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Eurostats (Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften) zu einem Gedankenaustausch in Luxemburg eingeladen. Unter zahlreicher Beteiligung fand das Treffen in einer angenehm kollegialen und konstruktiven Atmosphäre statt.

Behandelt wurden Themen der deutschen und der europäischen amtlichen Statistik, die den Eurostat-Mitarbeitern „auf dem Herzen lagen“. Das Statistische Bundesamt konnte in seinen Redebeiträgen von Präsident Hahlen, Vizepräsident Radermacher, Herrn Chlumsky und Herrn Jungkenn noch einmal die Interessen der deutschen amtlichen Statistik verdeutlichen. Von Deutschland aus dabei waren ferner der Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes, Herr Hohmann, von Gruppe IA Frau Köhler und Herr Tambour.

Konferenz Europäischer Statistiker (CES)

Vom 13. bis 15. Juni 2006 fand unter dem Vorsitz von Katherine Wallman, USA, die 54. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) in Paris statt. Die CES ist ein hochrangiges Statistikgremium der Regionalkommission der UN für Europa und nimmt eine Zwischenstellung zwischen UN- und EU-Ebene ein. Sie berät in ihren jährlichen Sitzungen u.a. über das Statistische Arbeitsprogramm der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE). Daneben konzentrieren sich die CES-Sitzungen jeweils auf zwei Seminar-Themen, die unter Beteiligung der Mitgliedstaaten gewählt werden.

Das erste Seminar zum Thema „Bevölkerungs- und Wohnungszensus“ wurde von Großbritannien in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern von Frankreich und USA organisiert. Die Vortragenden beleuchteten Rolle und Nutzung von Zensen, verschiedene Wege der technischen und methodischen Ausgestaltung sowie Herausforderungen der Einführung und des Managements von Zensen. Frankreich stellte u.a. das Verfahren der rollierenden Inventur vor. Deutschland berichtete in einem Supporting Paper über die Pläne zur Durchführung des Zensus in Deutschland. Insgesamt zeichnete sich eine Spaltung in Befürworter des herkömmlichen Zensus als Primärerhebung und in Befürworter der Nutzung von Registern ab, was eine weltweite Vergleichbarkeit der Ergebnisse der künftigen Zensusrunde vermutlich erschweren wird. Der deutsche Vertreter plädierte dafür, künftig stärker die Qualität des Outputs der verschiedenen Methoden zu untersuchen. Im Vordergrund stand die Verabschiedung von offiziellen Empfehlungen der CES für die Zensusrunde 2010. Der empfohlene Merkmalskranz ist maßgebliche Grundlage der Durchführung des Zensus in den europäischen Ländern. Nach derzeitigem Sachstand möchte Eurostat in dem geplanten Rechtsakt zum Zensus die Erhebung der von der CES empfohlenen Kernvariablen auf europäischer Ebene verpflichtend vorschreiben.

Das zweite Seminar war dem Thema „Humanressourcen und Fortbildung“ gewidmet. Die Vorbereitungsarbeiten hatte Tschechien in Zusammenarbeit mit Finnland, Kanada und Eurostat übernommen. Die Vortragenden beleuchteten moderne Methoden der

Aus- und Fortbildung (eLearning) und der Personalentwicklung. Eurostat berichtete über die geplanten Aktivitäten zum Neuaufbau eines Europäischen Statistischen Trainings-Programms. Weitere Vorträge befassten sich mit der Rolle der amtlichen Statistik bei der Erziehung der Bevölkerung, wobei Fallbeispiele für nutzerfreundliches Lehrmaterial an Schulen und Universitäten vorgestellt wurden. Deutschland legte ein Invited Paper zum Personalentwicklungskonzept des Statistischen Bundesamtes vor und war intensiv an den Diskussionen beteiligt.

Neben den beiden Seminarthemen standen auch andere Fachthemen auf der Tagesordnung:

Die Konferenz verabschiedete „Leitlinien und Prinzipien für die Statistische Geheimhaltung und die Bereitstellung von Mikrodaten“, die unter Federführung des Leiters des australischen Statistikamtes entwickelt worden sind. In das Dokument sind die Ergebnisse einer Befragung bei den Statistischen Ämtern eingeflossen. Die Leitlinien enthalten eine Reihe von Beispielen für „Good practices“ aus anderen Ländern und bieten auch für die amtliche Statistik in Deutschland wertvolle Ansätze.

Basierend auf Peer Reviews der Statistischen Ämter der Niederlande und Italiens befasste sich die CES mit der Kriminalitätsstatistik. Insgesamt stellte die CES im Bereich der Kriminal- und Rechtspflegestatistiken ein großes Defizit an international vergleichbaren Daten fest. Zur Harmonisierung der Kriminalpolitik sei eine bessere Datengrundlage unverzichtbar. International vergleichbare Daten könnten am ehesten für den Bereich der Opferbefragungen (Viktimisierungsstudien) gewonnen werden; die internationalen Bemühungen sollten sich zunächst auf diesen Bereich konzentrieren.

Die nächste CES-Sitzung findet voraussichtlich Mitte Juni 2007 in Genf statt. Folgende Seminarthemen sollen behandelt werden:

Ways to increase the Productivity of the Statistical Offices and to conduct Statistical Programmes more efficiently and effectively

Measurement of Capital – Measurement of Intangibles (immaterielle Güter)

3. Sitzung des „OECD-Statistikausschusses“ in Paris

Am 15. und 16. Juni 2006 tagte zum dritten Mal der OECD-Statistikausschuss („Committee on Statistics“) unter der Leitung von Dr. Ivan Fellegi, dem Leiter des kanadischen Statistischen Amtes. Die wichtigsten Aufgaben des OECD-Statistikausschusses sind:

- Empfehlungen zur Ausrichtung der Statistikpolitik der OECD,
- Sicherstellung hoher Qualitätsstandards der OECD-Statistiken,
- Genehmigung methodologischer Empfehlungen und Annahme gemeinsamer Standards,
- Budget- und Programmplanung.

Der neue Generalsekretär der OECD, Angel Gurría (Mexiko), begrüßte die Mitglieder des Ausschusses und betonte die Bedeutung der Statistik für die verschiedenen Politikbereiche der OECD. Da Frankreich und Schweden aus dem Leitungsgremium (Büro) des OECD-Statistikausschusses ausgeschieden sind, fanden Neuwahlen statt. Als Vorsitzender wurde Dr. Ivan Fellegi (Kanada) wieder gewählt. Der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, und der Leiter des neuseeländischen Statistikamtes, Brian Pink, wurden für zwei Jahre zu Stellvertretenden Vorsitzenden des Büros gewählt.

Zu ausgewählten Tagesordnungspunkten der Sitzung:

Die OECD versteht sich als Brücke zwischen Nordamerika, Asien und Europa und will deshalb die Chance der für 2008 anstehenden Revision des „Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ (Systems of National Accounts - SNA) nutzen, um eine bestmögliche internationale Vergleichbarkeit dieser Systematik zu gewährleisten. Die OECD-Working Party on National Accounts wird auf der Grundlage von festzulegenden Prioritäten diese Aufgabe vorbereitend bearbeiten. Die von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen beschlossenen Aktualisierung („Update“) des SNA 1993 umfasst offiziell 44 Punkte, mit Unterpunkten sogar gut 50. Das dem OECD-Statistikausschuss vorgelegte Papier greift sechs dieser Punkte, die noch intensiver diskutiert werden müssen, heraus:

- Selbsterstellte Forschung und Entwicklung als Investition
- Militärische Waffen als Investition
- Verzinsung für den Kapitalstock des Staates
- Pensionsverbindlichkeiten
- Staatliche Bürgschaften
- Änderung der Berechnung für Schadensversicherungsleistungen

Deutschland und andere europäischen Staaten (vor allem Frankreich und Dänemark) schlugen vor, kritische und methodisch noch nicht ausreichend geprüfte Themen zunächst im Rahmen von Satellitensystemen zu den VGR und nicht im Kernsystem der VGR abzubilden. Dies gilt vor allem für die Pensionslasten, die Aktivierung von selbst erstellter F&E und die Verzinsung für den Kapitalstock des Staates. Auch die Europäische Zentralbank und die USA unterstützten den Vorschlag der Bildung von Satellitensystemen. Andere angelsächsische Länder und internationale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds zeigten sich überrascht über diese Haltung und beharrten auf ihrer Forderung nach Abbildung im Kernsystem. Eine kleine Arbeitsgruppe (unter Mitwirkung von Deutschland und Dänemark) wird sich mit dieser Problematik nochmals befassen.

Enrico Giovannini, Leiter der Statistikabteilung der OECD, stellte ein umfangreiches, sehr interessantes Dokument mit Vorschlägen zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Verbreitungspolitik der OECD vor. Die Mitglieder begrüßten das Dokument, das auch wertvolle Impulse für die Statistikämter der Mitgliedstaaten geben kann. Die deutsche Delegation schlug vor, eine Expertengruppe unter Beteiligung der Mitgliedstaaten einzusetzen, die eine mögliche Umsetzung der Vorschläge prüfen soll.

Die OECD berichtete über das geplante zweite Weltforum zum Thema „Schlüsselindikatoren“. Die OECD wird es – in Zusammenarbeit mit dem türkischen Statistikamt – vom 27.-30. Juni 2007 in Istanbul ausrichten. Zu der Tagung werden ca. 800 Teilnehmer erwartet. Die OECD legte einen ersten, noch sehr groben, Programmwurf vor und bat um Benennung von Freiwilligen, die Interesse haben, in einer vorbereitenden Steering Group mitzuwirken. Deutschland regte an, im Programm den Umweltaspekt stärker zu betonen.

Die OECD hat ein Projekt gestartet, das untersuchen soll, ob es notwendig und machbar ist, internationale Indikatoren über das Unternehmertum (Entrepreneurship) zu entwickeln (Schlagworte, u.a.: Unternehmensgründungen, Unternehmensdemographie). Das von der OECD-Statistikabteilung vorgelegte Dokument präsentiert die Ergebnisse der ersten Phase der Studie, die hauptsächlich von der US amerikanischen „Kauffman Foundation“ gesponsert wird. Der OECD-Statistikausschuss – darunter auch die deutsche Delegation – bemängelte, dass bislang keine klare Definition für dieses Phänomen vorliege. Er forderte, dass man sich auf bestehende Daten beschränken müsse. Für die weitere Diskussion des komplexen Themas wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, an der u.a. Dänemark, Finnland, Italien und die USA mitwirken.

Die OECD legte kurzfristig den zweiten Entwurf des Programms für die in den Jahren 2006 bis 2008 geplanten Tätigkeiten im Bereich der OECD-Statistik vor. Neu in dem Dokument sind Angaben über die benötigten Finanzmittel und eine Übersicht der vorab von den Mitgliedstaaten eingeholten schriftlichen Stellungnahmen. Auf Wunsch einiger Mitglieder des OECD-Statistikausschusses können die Mitgliedstaaten zu dem modifizierten Programm nochmals schriftlich Stellung nehmen.

Der OECD-Statistikausschuss nahm ein kurzes Dokument zum Thema Capacity Building in Entwicklungsländern zur Kenntnis. Notwendig sei eine gute Koordinierung der Aktivitäten. Die UN-Welternährungsorganisation (FAO) wies darauf hin, dass vor allem im Bereich Agrarstatistik ein dringender Beratungsbedarf der betroffenen Länder bestehe.

Die OECD hat im Jahr 2003 – ähnlich wie auch zahlreiche Nationale Statistische Ämter – ein Programm systematischer Qualitätsreviews entwickelt und eingeführt. Das Programm sieht vor, dass jährlich eine Reihe ausgewählter Statistiken auf Basis einer Selbstbewertung hinsichtlich Verbesserungsmöglichkeiten überprüft werden. Das hierzu von der OECD erstellte Sitzungsdocument fasst die Ergebnisse der in den Jahren 2005/2006 in den Bereichen VGR, Datenbank Soziale Ausgaben, Gesundheit, Schuldenstatistik, AIDS-Statistik, Leading Indicators und Globalisierung durchgeführten Reviews zusammen und gibt Empfehlungen zur Weiterentwicklung. Fol-

gende Reviews sind bei der OECD 2006–2007 vorgesehen:

Strukturelle Unternehmensstatistik, Außenhandel, PISA, Versicherungsstatistik

Die nächste Sitzung des OECD-Statistikausschusses findet im Juni 2007 in Genf statt.

Rahmenvereinbarung über eine ämterübergreifende Aufgabenerledigung in der amtlichen Statistik

Nach Unterzeichnung durch den Bund und alle Länder ist die Rahmenvereinbarung über eine ämterübergreifende Aufgabenerledigung in der amtlichen Statistik im April 2006 in Kraft getreten.

Grundlage der Vereinbarung ist der § 3a des Bundesstatistikgesetzes, der die Zulässigkeit der Übertragung von Arbeiten, die bei der Durchführung von Bundesstatistiken und im Rahmen der Bundesstatistik anfallen, auf andere statistische Ämter regelt.

Die Rahmenvereinbarung legt die Grundsätze und Regeln für eine stärkere Aufgabenbündelung fest, durch die der Aufwand reduziert und die Effizienz der amtlichen Statistik gesteigert werden soll. Nach dem Prinzip „Einer (oder einige) für alle“ sollen unter Einführung von Wettbewerbselementen Wirtschaftlichkeitsreserven erschlossen und Qualitätsverbesserungen erreicht werden. Für die Durchführung der Rahmenvereinbarung wird ein Lenkungsausschuss eingesetzt, der für die Aufgabenverteilung zuständig ist.

Strategie- und Programmplan des Statistischen Bundesamtes 2006 bis 2010

Der zweite Strategie- und Programmplan ist erschienen. Er führt in mancher Hinsicht die Publikation „Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik“ fort: Sein erstes Kapitel umreißt die Stellung des Bundesamtes im nationalen und internationalen Zusammenhang einschließlich grundlegender Dokumente wie dem Verhaltenskodex für amtliche Statistiken in der EU oder dem Leitbild des Statistischen Bundesamtes. Kapitel zwei gibt die strategischen Ziele unseres

Hauses („fit 2008“) wieder. Der Hauptteil stellt unser Arbeitsprogramm für die Jahre 2006 bis 2010 dar. Statt der organisatorischen Gliederung nach Gruppen stehen hier die Produktklasse im Vordergrund – so bilden zum Beispiel das Forschungsdatenzentrum und das Informationsmanagement eigene Abschnitte.

Jeder Abschnitt beschreibt kurz die betreffende Produktklasse und nennt zum ersten Mal auch die Kosten des Aufgabenbereichs, wie sie die Kosten- und Leistungsrechnung für den Produkthaushalt für 2004 und 2005 ermittelt hat.

Ein wichtiger Bereich in jedem Abschnitt sind die „zusätzlichen Maßnahmen“. Hier zeigt sich, welche Arbeiten über das normale Produktprogramm hinaus anstehen, hier lässt sich die Entwicklung der amtlichen Statistik erahnen. Produkte, Produktbeschreibungen und zusätzliche Maßnahmen sind das Ergebnis der integrierten Programm- und Ressourcenabfrage des vorigen Jahres. Eine neue Abfrage hat soeben begonnen.

Die Veröffentlichung ist über den Statistik-Shop erhältlich (www.destatis.de/shop).

Besuch von MdB Dr. Michael Fuchs im Statistischen Bundesamt

Am 2. Mai 2006 besuchte der Bundestagsabgeordnete Dr. Michael Fuchs das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Herr Dr. Fuchs ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Seine Arbeitsschwerpunkte im Bundestag sind Mittelstandspolitik und Entbürokratisierung. Programmpunkte seines Besuchs waren entsprechend der Beitrag der amtlichen Statistik zur Entbürokratisierung und Wege zu mehr Effizienz in der Statistik. Anschließend nahm Dr. Fuchs die Gelegenheit zu einem Gespräch mit der Personalvertretung wahr.

Mitarbeiterpreis 2006 vergeben

Das Statistische Bundesamt hat im Jahr 2004 erstmals intern einen Preis für besonders kundenfreundliche statistische Produkte oder besonders gute statistische Services ausgelobt. Die zweite Preisverlei-

hung fand in der Sitzung des Statistischen Beirats am 21. Juni 2006 statt. Von der aus drei Mitgliedern des Statistischen Beirates bestehenden Jury, der Prof. Gert Wagner, Dr. Peter Schulte und Dr. Joachim Haß angehören, wurden zwei Arbeitsteams als diesjährige Preisträger gleichwertig ausgewählt. Ausgezeichnet wurde das Arbeitsteam „Preisstatistik besser verstehen“

Der Preis wurde vergeben für die Entwicklung einer Reihe von Materialien bzw. neuer Instrumente, die Anfang des Jahres 2005 entwickelt wurden, um das Bild der Verbraucherpreisstatistik in der Öffentlichkeit zu verbessern und mit Hilfe derer die Funktionsweise der Preisstatistik auf allgemeinverständliche Weise erklärt werden soll.

Dabei handelt es sich um vier neue Produkte:

1. Die Informationsbroschüre „Im Blickpunkt – Preise in Deutschland“,
2. der Indexrechner als interaktive Anwendung im Internet: www.destatis.de/indexrechner,
3. die monatlichen Themenkästen der Preisstatistik,
4. das Arbeitsblatt für Schülerinnen und Schüler sowie für Studierende in Zusammenarbeit mit dem Metzler-Verlag.

Die Kommunikationsstrategie „Preisstatistik besser verstehen“ wurde von einem gruppenübergreifenden Arbeitsteam geplant und durchgeführt. Dem Team gehören vier Mitarbeiter aus zwei Gruppen an:

Dr. Stefan Linz (V A)

Karsten Sandhop (V A)

Wilhelm von Krosigk (V A)

Michael Neutze (I C)

Einen weiteren Mitarbeiterpreis 2006 erhielt das Arbeitsteam „IDEV – Datenerhebung im Verbund“. IDEV bietet den Meldepflichtigen die Möglichkeit, über das Internet Meldungen zu verschiedenen amtlichen Statistiken an die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zu übermitteln. Dies ist eine einfache, schnelle und Kosten sparende Lösung, denn die statistischen Daten können entweder direkt über elektronische Online-Formulare oder über einen Dateiversand an die Ämter gemeldet werden. Auch bietet IDEV verschiedene Unterstützungsfunktionen, die den Meldeaufwand reduzieren, und unterstützt

auch den elektronischen Datenaustausch über XML-Datenformate.

Die ausgezeichneten acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus insgesamt vier Gruppen sind:

Rudi-Heinz Petter (II C)

Thomas Sterzel (II C)

Anja Tilp (II C)

Antje Radermacher (II C)

Stefan Töngi (II C)

Jürgen Schindler (II D)

sowie als Mitglieder der AG Design:

Hans Joachim Schwamb (I B)

Werner Braun (II B)

Beide Teams erhielten von Präsident Johann Hahlen je einen Pokal. Jedes Teammitglied erhielt zur Anerkennung außerdem eine Urkunde und eine „Destatis“-Armbanduhr.

Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen

EDS Webseite: Neue Rubrik „Thema des Monats“

Mit Informationen zum Klimawandel hat der EDS Europäischer Datenservice eine neue Rubrik auf seiner Webseite (www.eds-destatis.de) eingeführt. Als „Thema des Monats“ werden fortan Datentabellen (Eurostat Daten), Veröffentlichungen und Pressemitteilungen (Eurostat Publikationen) Eurostats zu einem aktuellen Themengebiet präsentiert. Ausschlaggebend für die Auswahl des ersten Themas waren die neue Kampagne der EU-Kommission zum Klimawandel („You control climate change“) sowie die Vorabveröffentlichung von Informationen aus dem Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) der Vereinten Nationen. Mit der neuen Rubrik kann der EDS Europäischer Datenservice künftig auf politisch wichtige Anlässe und Themen mit hoher Medienpräsenz zeitnah reagieren.

Jahresbericht 2005 des Statistischen Bundesamtes

Der Jahresbericht 2005 des Statistischen Bundesamtes liegt vor und informiert wieder über die wichtigsten Neuigkeiten bei Informationsverbreitung, Neuentwicklungen, Verwaltungsmodernisierung, internationalen Aktivitäten und aus den Fachstatistiken. Besonders lesenswert sind diesmal die Interviews mit externen Experten: Dr. Wilm Herlyn, dpa-Chefredakteur, nimmt Stellung zur Bedeutung der Statistik für die Arbeit der größten deutschen Presseagentur, und Professor Hüther, Leiter des Instituts der deutschen Wirtschaft (Köln), äußert sich zur Nutzung der amtlichen Statistik durch die Wissenschaft.

Der Jahresbericht ist Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit des Statistischen Bundesamtes und richtet sich an Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung sowie an die Medien.

Der Jahresbericht 2005 des Statistischen Bundesamtes kann auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) als PDF-Dokument kostenlos heruntergeladen werden.

Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung

Q2006 - European Conference on Quality in Survey Statistics

Vom 24. bis 26. April 2006 fand in Cardiff (Wales) die European Conference on Quality in Survey Statistics (Q2006) statt. Die Konferenz, zu der etwa 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer angereist waren, fand im Rahmen einer Reihe zweijährlicher Konferenzen zu Qualitäts- und Methodenfragen in der amtlichen Statistik statt. Zwei Jahre zuvor hatte das Statistische Bundesamt zur Q2004 ins Mainzer Kurfürstliche Schloss eingeladen. Die Konferenz wurde vom Office for National Statistics mit Unterstützung von Eurostat durchgeführt.

Das Statistische Bundesamt war mit insgesamt acht Vorträgen im Konferenzprogramm vertreten und darüber hinaus schon im Vorfeld im Programmkomitee

tätig sowie zur organisatorischen Unterstützung mit vor Ort aktiv. Im Ausstellungsbereich der Konferenz wurde der Preisindexrechner des Statistischen Bundesamtes präsentiert, was bei zahlreichen Besuchern auf reges Interesse stieß.

Das einhellige Urteil sowohl der Teilnehmenden als auch der Organisatoren war, dass die Konferenz als großer Erfolg zu werten ist und von der Q2006 zahlreiche Impulse für methodische Weiterentwicklungen ausgingen. Programm und Abstracts der Konferenz sind im Internet unter www.statistics.gov.uk/q2006 verfügbar.

3. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten 2006

Die 3. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten fand am 11. und 12. Mai 2006 in Wiesbaden statt. Veranstalter war der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), unterstützt von den beiden Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Auf der Konferenz wurden unter anderem die Berufungsvorschläge für den RatSWD aus Vertreterinnen und Vertretern der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung gewählt. Weitere Informationen und das Wahlergebnis sind auf der Website des RatSWD zu finden (www.ratswd.de).

Im Rahmen der Konferenz wurden Vorträge zu Themen der „Empirischen Forschung und Politikberatung“ gehalten, von denen der Beitrag „Differentielle Sterblichkeit in Deutschland“ von Dr. Rembrandt Scholz, Max-Planck-Institut für demographische Forschung in Rostock, in dem Artikel „Der kleine Unterschied – Wer viel verdient, wird älter“ in der Süddeutschen Zeitung vom 12. Mai 2006 ausführlich behandelt wurde. In der Studie konnten auf Basis amtlicher Daten erstmals solide Ergebnisse vorgestellt werden, was den Zusammenhang zwischen Einkommen und Alter in Deutschland betrifft. Die Forschungsergebnisse zeigen auf Grundlage der Daten des Forschungsdatenzentrums der Deutschen Rentenversicherung, dass Personen mit hohem Einkommen, die somit auch tendenziell mehr in die Rentenkasse einzahlen, eine höhere Lebenserwartung haben. Dr. Scholz führte dazu aus, dass dies zum einen damit zusammenhängen kann, dass Mehrverdiener

über bessere Möglichkeiten verfügen, sich gesund zu halten, oder dass Gesunde bessere Erwerbschancen im Arbeitsleben haben; denkbar ist auch, dass Gesundheit und Einkommen von den gleichen Faktoren beeinflusst werden.

Des Weiteren fanden in vier Foren Vorträge und Diskussionen zu Forschungsergebnissen und Problemen mit Daten der amtlichen Statistik statt, unter anderem zu Themen wie „Bildung im Erwerbsleben“, „Wirtschaftsstatistische Einzeldaten“ und „Einfluss der Wissenschaft auf das Erhebungsprogramm der amtlichen Statistik“.

In der anschließenden Plenarveranstaltung wurden die erreichten Resultate resümiert und diskutiert, wie die Datenqualität bezüglich bestimmter Fragestellungen optimiert werden kann.

Viele Konferenzteilnehmer nutzten die Möglichkeit zum Dialog mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Forschungsdaten- und Datenservicezentren. Für einen regen Austausch zwischen Datennutzern und Datenproduzenten boten die Postersession zum Expertenwettbewerb „Bildung im Erwerbsleben“ und die Stände der Forschungsdaten- und Datenservicezentren ausreichend Gelegenheit. Die Konferenz gab den Forschungsdatenzentren zahlreiche Anregungen, wie der Zugang zu Daten der amtlichen Statistik für empirisch arbeitende Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler weiterhin verbessert werden kann.

Einführung des Standardkosten-Modells

Die Große Koalition hat das Thema Bürokratieabbau zu einem politischen Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Am 25. April 2006 hat das Bundeskabinett ein Maßnahmenpaket zur Reduzierung bürokratischer Lasten beschlossen. Das Programm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ hat vier inhaltliche Schwerpunkte:

1. Regelmäßige Einbindung eines Normenkontrollrates als unabhängiges Kontroll- und Beratungsgremium in die Gesetzgebung des Bundes,
2. Einführung eines Verfahrens zur Identifizierung und Messung bestimmter Bürokratiekosten auf Grundlage des Standardkosten-Modells,

3. Einsetzung einer Koordinatorin der Bundesregierung für Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung,
4. Verabschiedung eines Mittelstands-Entlastungsgesetzes.

Das Statistische Bundesamt wird – aufgrund seiner Erfahrungen bei der Messung der Belastung von Unternehmen durch statistische Berichtspflichten – die für den Bürokratieabbau verantwortlichen Stellen der Bundesregierung (den Staatssekretärsausschuss und die Geschäftsstelle Bürokratieabbau im Bundeskanzleramt) bei Einführung und Durchführung der Standardkostenmessung unterstützen. Zunächst sollen mit einer Bestandsmessung die durch bundesstaatliche Informationspflichten bei den Unternehmen verursachten jährlichen Kosten zu ermittelt und ein Berichtssystem für die Bewertung der Bürokratiekosten neuer Gesetzesvorhaben aufgebaut werden.

Die im Statistischen Bundesamt in Abteilung I neu eingerichtete Arbeitseinheit SKM hat in enger Abstimmung mit der Geschäftsstelle Bürokratieabbau im Bundeskanzleramt ein Methodenhandbuch erarbeitet, das die Grundlagen für die Erfassung und Messung informationeller Pflichten, zum Beispiel durch Anträge, Berichte, Statistiken usw., festlegt und als Referenz für die von den Ressorts zu leistenden Vorarbeiten und den eigentlichen Messprozess dienen soll. Darüber hinaus gehören die gemeinsam mit der Abteilung „Informationstechnik, Mathematisch-statistische Methoden“ zu entwickelnde Datenbankanwendung zur einheitlichen Erfassung der Informationspflichten sowie die Information und Schulung der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Ressorts zu den Aufgaben der neuen Stelle im Statistischen Bundesamt. Schließlich soll die Ermittlung des Zeitaufwands, der den Unternehmen aufgrund der Erfüllung staatlicher Informationsverpflichtungen entsteht, unter maßgeblicher Beteiligung des Statistischen Bundesamtes durchgeführt werden (siehe auch „Organisation des Statistischen Bundesamtes“ auf Seite 26).

Wohlfahrtsmessung: Workshop „Well being“

„Well being“ stand im Mittelpunkt eines Workshops, der von der Organisation für wirtschaftliche Zusam-

menarbeit und Entwicklung (OECD) gemeinsam mit der Europäischen Generaldirektion „Joint Research Center (JRC)“ von 19. bis 21. Juni 2006 in Mailand durchgeführt wurde. Es handelt sich bei „well being“ um neuere Ansätze zur Wohlfahrtsmessung (in der ökonomischen Fachliteratur häufig auch als „wealth“ oder „welfare“ bezeichnet).

Allgemein bestand Konsens, dass es sich bei den traditionellen makroökonomischen Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt oder Arbeitslosenquote um sehr wichtige statistische Größen handelt. Für thematisch orientierte und differenzierte Analysen bezüglich der Wohlfahrt in einer Volkswirtschaft erscheinen sie jedoch nur bedingt geeignet. So wird ein künftiger Arbeitsschwerpunkt der OECD die Entwicklung geeigneter Indikatoren bzw. Indikatorensysteme sein, die eine umfassende Erfassung und Analyse der Wohlfahrt in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht auch zwischen verschiedenen Regionen (nicht nur Nationen, sondern auch deren Teilgebieten) erlauben.

Vertreter aus Politik, Wissenschaft und amtlicher Statistik diskutierten über bereits bestehende (Teil-) Systeme, deren Aussagemöglichkeiten und Grenzen. Die Ergebnisse des Workshops sollen u.a. in die Arbeiten auf Ebene der Vereinten Nationen, einfließen. Von besonderer Bedeutung sei hier ein für Sommer 2007 in Istanbul geplanter Gipfel über „Well being“.

Informationstechnik

eSTATISTIK.core entlastet Unternehmen

„Die Nutzung von eSTATISTIK.core bringt allen betroffenen Unternehmen, Behörden und Institutionen für ihre Statistikmeldungen eine starke Vereinfachung. Für die Unternehmen bedeutet das neue Online-Meldeverfahren eSTATISTIK.core eine erhebliche Entlastung und somit einen spürbaren Zeitgewinn.“ Zu dieser Schlussfolgerung kommt die vom Statistischen Bundesamt und der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V. (AWV) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie durchgeführte Studie „Datenübernahme aus dem

betrieblichen Rechnungswesen für statistische Zwecke“.

eSTATISTIK.core ist ein von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V. (AWV) und namhaften Softwareherstellern entwickeltes IT-Verfahren, das den Unternehmen die Möglichkeit bietet, Statistikdaten automatisiert aus ihrem Rechnungswesen zu gewinnen und per Internet an eine gemeinsame Dateneingangsstelle der Statistischen Ämter zu senden. Einzige Voraussetzung ist, dass die im Unternehmen eingesetzte Software bereits über ein Modul zur Gewinnung der statistischen Daten verfügt.

In der am 24. April 2006 veröffentlichten Studie, die unter www.destatis.de/ecore/index.htm kostenfrei zur Verfügung steht, werden die Voraussetzungen für die Einführung von eSTATISTIK.core untersucht und ein Überblick über die bereits realisierten Einsatzfelder sowie das damit verbundene Entlastungspotenzial gegeben. Dabei werden sowohl die Anforderungen der amtlichen Statistik als auch die der Unternehmenssoftware berücksichtigt. Speziell für Softwarehersteller enthält die Studie wichtige Angaben beispielsweise zum Fragenkatalog und zum Kundenpotenzial.

Das neue Meldeverfahren eSTATISTIK.core leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Bürokratieabbau, sondern ist auch für die amtliche Statistik von großem Nutzen: Durch die automatisierte Datengewinnung wird die Datenqualität verbessert und die eingehenden Daten können ohne Zeitverzug sofort weiterverarbeitet werden.

Weitere Auskünfte: eSTATISTIK.core@destatis.de

Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit

32. Tagung des Arbeitskreises

„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die 32. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGR d L) fand vom 27. bis 28. April 2006 in Jena statt.

Als externer Referent nahm Herr Prof. Dr. Udo Ludwig, Leiter der Abteilung Makroökonomik im Institut für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH), mit einem Vortrag zum Thema „Bedeutung der regionalen VGR (Länderrechnung) für die Konjunkturgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland“ teil.

Neben den aktuellen Entwicklungen des Europäischen Statistiksystems war die Drei-Seiten-Rechnung auf Länder- und Kreisebene, insbesondere vor dem Hintergrund der im Februar 2006 erstmals veröffentlichten Revisionsergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005, von zentraler Bedeutung. Abschließend beraten wurde die Berechnungsmethode der preisbereinigten Bruttowertschöpfung der Jahre 1991 bis 1995 auf Länderebene im Hinblick auf die Ost-West-Problematik. Um die Ergebnisqualität der Fortschreibungen zu optimieren, wurde die Arbeitsgruppe „Fortschreibungsqualität“ beauftragt, Vorschläge für weitere Verfahrensverbesserungen zu entwickeln. Eine weitere Arbeitsgruppe, die sich mit dem Problem der Ausgliederung von Einheiten aus dem Staatssektor befasst, legte erste Ergebnisse vor, so dass konkrete Maßnahmen zur Ergebnissicherung beschlossen werden konnten.

Die 33. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ wird vom 26. bis 27. Oktober 2006 in Kiel stattfinden.

Arbeitsmarktdaten für wissenschaftliche Analysen

Das Statistische Bundesamt hat zwischen April 2003 und September 2004 eine am Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) orientierte Telefonerhebung zum Erwerbsstatus der Bevölkerung durchgeführt. Auch wenn es sich um eine Piloterhebung handelte, deren Ergebnisse im Einzelnen nicht veröffentlicht wurden, stellen die Mikrodaten eine äußerst interessante Datenquelle mit einem hohen Analysepotenzial dar.

Die Daten dieser Erhebung („Arbeitsmarkt in Deutschland“) stehen ab sofort für Auswertungen durch die Wissenschaft bereit. Die Einzeldaten wurden als Scientific-Use-File aufbereitet. Die anonymisierten Daten erfüllen die strengen Anforderungen des gesetzlichen Datenschutzes und werden der Wissenschaft im Rahmen des § 16 Abs. 6 Bundessta-

tistikgesetz für eigene Analysen zur Verfügung gestellt.

Die Daten enthalten Informationen zum Erwerbsstatus, zur Beschäftigungssituation, zum Erwerbseinkommen, zur Arbeitssuche sowie eine Reihe sozialstruktureller Angaben. Da es sich um Monatsdaten handelt, die aus einem rotierenden Panel mit sechsmaliger Befragung stammen, können neben Querschnittsanalysen auch detaillierte Verlaufsmuster von rund 46 000 Befragten im Alter von 15 bis 74 Jahren über einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten abgebildet werden. Die Auswertungen lassen sich getrennt nach Ost- und Westdeutschland durchführen. Die erforderlichen Hochrechnungsfaktoren werden mitgeliefert.

Die zum Preis von 65,- Euro erhältliche CD-ROM enthält Datensätze für die Statistikprogramme SAS und SPSS, eine Auswahl von Fachpublikationen zu der Erhebung sowie alle für die Arbeit mit den Daten erforderlichen Metadaten.

Anträge zur Nutzung des Scientific-Use-Files für Vorhaben der unabhängigen wissenschaftlichen Forschung können bei den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gestellt werden. Antragsformulare stehen im Internet unter www.forschungsdatenzentrum.de als Download bereit. Weiterführende Informationen zu der Erhebung sind zu finden unter www.destatis.de/arbeitsmarkt.

Weitere Auskünfte erteilen im Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes Matthias Sacher, Telefon 0611/75-2534 sowie Heike Habla, Telefon 0611/75-3277, E-Mail: forschungsdatenzentrum@destatis.de.

Klassifikationen

Fachausschuss Klassifikationen

Am 8. Juni 2006 fand im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden eine Sitzung des Fachausschusses „Klassifikationen“ statt. Auf der Tagesordnung standen Informationen und Diskussionen über die Arbeiten an der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), den Industrie-Hauptgruppen, verschiedenen Güterklassifikationen, den Berufs-

klassifikationen sowie der Europäischen sozio-ökonomischen Klassifikation (ESeC).

Die Fachausschussvertreter wurden über die sich abzeichnenden wesentlichen Änderungen in der WZ 2008, über den Implementierungsplan und über den Zeitplan für die weiteren Arbeiten informiert. Danach ist vorgesehen, dass die WZ 2008 für Strukturstatistiken ab Berichtsjahr 2008 und für Konjunkturstatistiken nach der EU-Konjunkturverordnung ab Berichtsmonat Januar 2009 angewendet wird. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden nach den derzeitigen Überlegungen im Jahr 2011 auf die revidierte Wirtschaftszweigklassifikation umgestellt. Hilfsmittel zur Anwendung der WZ 2008 (Umsteigeschlüssel, Erläuterungen, Stichwortverzeichnis) sollen bis Ende 2006 bereitstehen, ein erster detaillierter Implementierungsplan wird im Juli 2006 vorliegen. Der Entwurf der WZ 2008 und die mündlich präsentierten Ergänzungen im Bereich der Herstellung solartechnischer Erzeugnisse sowie der vorgestellte Zeit- und Implementierungsplan wurden zustimmend zur Kenntnis genommen. Die WZ 2008 hat auf der untersten Hierarchieebene um 20 % weniger Unterteilungen als die zurzeit gültige WZ 2003.

Bei den für Konjunkturanalysen geschaffenen Industrie-Hauptgruppen (MIGs) soll die vorliegende Fassung der künftigen MIGs noch auf die endgültige Fassung der NACE Rev. 2 und die revidierten Broad Economic Categories (BEC) der Vereinten Nationen abgestimmt und zeitgleich mit der NACE Rev. 2 in Kraft gesetzt werden.

Mit der künftigen Fassung der statistischen Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (CPA 2008) wird die Vergleichbarkeit mit anderen Wirtschaftsklassifikationen punktuell gelockert. Unter anderem wird die CPA 2008 Warenpositionen ohne Bezug zur Kombinierten Nomenklatur (KN) enthalten und es wird deutlich mehr KN-Referenzen außerhalb des Warenteils der CPA geben. Die KN-Referenzen werden außerdem nicht mehr Teil der CPA-Verordnung sein. Darüber hinaus werden – anders als bisher – die Unterkategorien der revidierten CPA nicht immer auf unterster Ebene mit der künftigen Central Product Classification (CPC, Version 2) der Vereinten Nationen verknüpft sein. Diese

Entwicklung erscheint bedauerlich, die praktischen Folgen werden aber voraussichtlich gering sein.

Vor dem Hintergrund der Diskussion um den Bürokratieabbau in Deutschland sieht das Statistische Bundesamt die Reduzierung der nationalen Unterteilungen als wichtiges Anliegen bei der Überarbeitung des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) an. Angestrebt wird eine Verringerung der Zahl der Meldenummern um rund ein Drittel. Die Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer haben sich bereit erklärt, an der GP-Überarbeitung aktiv mitzuwirken. Bei der Revision des GP soll es auch darum gehen, die Zahl der aus Geheimhaltungsgründen nicht publizierten Meldenummern zu verringern. Die Abstimmungsgespräche mit den Wirtschaftsverbänden und anderen Datennutzern sind für das letzte Quartal 2006 und das erste Quartal 2007 vorgesehen. Mit dem Abschluss der GP-Überarbeitung ist Ende 2007 zu rechnen. Als Reaktion auf die fortbestehende Kritik an den Ergebnissen der europäischen Produktionsstatistik (PRODCOM-Erhebung) will das Statistische Bundesamt auf EU-Ebene die Möglichkeiten einer deutlichen Verbesserung dieser Erhebung ausloten.

Das Statistische Bundesamt informierte außerdem über den Sachstand bei der Anpassung der Kombinierten Nomenklatur (KN) an das Harmonisierte System (HS) und beim Projekt „Modernisierung der KN“, das Streichungen von KN-Positionen zum Ziel hat. Thematisiert wurde darüber hinaus die starke zolltarifliche Ausrichtung der KN. Das Statistische Bundesamt beabsichtigt, zunächst auf nationaler Ebene die Möglichkeiten zur Vereinfachung der KN zu sondieren.

Das Statistische Bundesamt berichtete außerdem über die Anpassung des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel (SITC) an das revidierte HS sowie über den Stand der Überarbeitung des Güterverzeichnisses für Verkehrsstatistiken (NST) aus dem Jahre 1968. Das Statistische Bundesamt hat einen Entwurf der NST 2008 erstellt. Er muss noch an die endgültige Fassung der CPA 2008 angepasst werden, sobald sie vorliegt. Außerdem wird das Statistische Bundesamt einen detaillierten Umsteigeschlüssel zwischen der NST 2008 und der NST 1968 sowie der CPA 2008 erarbeiten.

Die Arbeiten an den internationalen und nationalen Berufsklassifikationen sowie die Präsentation der European Socio-economic Classification (ESeC) wurden dem Fachausschuss dargestellt und mit Interesse zur Kenntnis genommen. Das Statistische Bundesamt ist an der Revision der Internationalen Standardklassifikation der Berufe (ISCO) aus dem Jahre 1988 beteiligt, die zurzeit unter Federführung des Internationalen Arbeitsamts (ILO) stattfindet. Die Revision der nationalen Klassifizierung der Berufe (KldB) musste bisher aus Kapazitätsgründen zurückgestellt werden. Ziel der Entwicklung der ESeC ist die Bereitstellung eines Modells zur Zuordnung von Personen zu europaweit einheitlichen sozioökonomischen Kategorien. Ein entsprechendes Forschungsprojekt läuft im Herbst 2006 aus. Konzeptionell liegt dem Modell die Überlegung zugrunde, dass die Position am Arbeitsmarkt bzw. -platz (mit den Merkmalen Beruf, Beschäftigungsstatus, Betriebsgröße, Stellung im Beruf sowie Vorgesetztenfunktion) den bedeutendsten Faktor für die soziale Lage des Einzelnen in der Gesellschaft darstellt.

Preise, Außenhandel

Auswirkungen einer etwaigen Mehrwertsteuererhöhung auf den Verbraucherpreisindex

Aufgrund der öffentlichen Diskussion über eine Mehrwertsteuererhöhung hat das Statistische Bundesamt eine Vielzahl von Anfragen zur Wirkung einer Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte sowie einer Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge auf den Verbraucherpreisindex erhalten. Daraufhin durchgeführte Modellrechnungen ergaben, dass eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 % die Teuerungsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex für Deutschland – maximal um etwa 1,4 Prozentpunkte erhöhen würde. Aktuell (März 2006) liegt die Jahresteuerungsrate bei 1,8 %.

Bei dieser Berechnung wird unterstellt, dass es beim ermäßigten Steuersatz von 7 % für bestimmte Güter bleibt und auch im Übrigen die einschlägigen Regelungen (insbesondere Mehrwertsteuerbefreiungen)

nicht verändert werden. Weiter wird angenommen, dass eine solche Mehrwertsteuererhöhung vollständig auf die Verbraucher überwälzt würde. Bei der letzten Mehrwertsteuersatzerhöhung um 1 Prozentpunkt zum 1. April 1998 hätte eine vollständige Überwälzung zu einer rechnerischen Erhöhung des Verbraucherpreisindex um 0,5 Prozentpunkte geführt.

Eine mit einer solchen Mehrwertsteuererhöhung beabsichtigte Finanzierung einer Ermäßigung der Lohnnebenkosten würde sich nicht im Verbraucherpreisindex auswirken, da es sich dabei um Sozialbeiträge und nicht um Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte handelt.

Nach Einschätzung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie ist nicht zuletzt infolge der hohen Wettbewerbsintensität im deutschen Einzelhandel eine deutlich geringere Überwälzung der Umsatzsteuersatzerhöhung auf die Konsumenten wahrscheinlich. So würde sich bei einer hälftigen Überwälzung auch der Preiseffekt in etwa halbieren und zudem die gleichzeitige Senkung der Lohnnebenkosten, die zu einer Reduzierung der Arbeitskosten und damit günstigeren Herstellungskosten führt, die zum Teil auch an die Verbraucher weitergegeben werden dürften, entlastend wirken.

Im Blickpunkt: „Preise in Deutschland 2006“

Der Blickpunktband „Preise in Deutschland“ ist für Leser aus allen Bereichen unserer Gesellschaft geschrieben. Er vermittelt einen umfassenden Überblick über die Preisentwicklung der letzten Jahre in Deutschland und erläutert die Wirkung wichtiger Ereignisse, wie der Euro-Bargeldeinführung oder der Gesundheitsreform, auf den Geldwert. Gleichzeitig vermittelt der Band viele Hintergründe zum Verstehen und Interpretieren der Daten und ist insoweit eine Anleitung zur Verwendung der amtlichen Preisstatistiken. (www.destatis.de/shop, Preis: 9,80 €).

Onlinemeldungen für den Intrahandel mit neuer IDEV-Software

Die Auskunftspflichtigen der Intrahandelsstatistik konnten seit März 2000 über das w3stat-System ihre

statistischen Meldungen online übermitteln. Die in w3stat angebotenen Möglichkeiten der Datenübermittlung – Ausfüllen eines Onlineformulars und Hochladen von Meldedateien – wurden speziell von den Unternehmen, die zur Intrahandelsstatistik melden, sehr gut angenommen. Die Zahl der registrierten Nutzer in der Intrahandelsstatistik entwickelte sich stetig nach oben auf zuletzt über 30 000.

Als Weiterentwicklung von w3stat steht mit IDEV (Internet Datenerhebung im Verbund) nunmehr eine neue, einheitliche Onlinesoftware zur Meldung statistischer Daten über das Internet an die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Verfügung. IDEV wurde vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern entwickelt und soll für alle Statistiken eingesetzt werden. Die Onlinemeldungen werden durch das einheitliche Aussehen und die einheitliche Bedienung des Onlinezugangs über alle Statistiken und bei allen Statistikämtern wesentlich komfortabler. Im Statistischen Bundesamt wurden jetzt die Melder der Intrahandelsstatistik in das neue IDEV-Verfahren übernommen. Neben den bereits aus w3stat bekannten Funktionen stehen ihnen nun zahlreiche Erweiterungen und Verbesserungen zur Verfügung.

Speziell in der Intrahandelsstatistik wird ein nicht geringer Teil der statistischen Meldungen von so genannten Drittanmeldern übermittelt; dies sind zum Beispiel Spediteure, Steuerberater usw., die die statistischen Meldungen im Auftrag ihrer Kunden erstellen und übermitteln. Da die Drittanmelder in der Meldung jeweils angeben müssen, in wessen Auftrag sie melden, ist die Mandantenfähigkeit des IDEV-Systems ein erheblicher Vorteil gegenüber dem bisherigen Verfahren. Der registrierte Nutzer kann unter seiner Kennung die Stammdaten der Auskunftspflichtigen, für die er meldet, ablegen und im Bedarfsfall abrufen. Dadurch wurde auch für den Drittanmelder eine übersichtlichere Darstellung auf dem Melderkonto möglich, auf dem sich der Nutzer einen Überblick verschaffen kann, wann er welche Daten übermittelt hat.

Auch die Funktionen des Onlineformulars sind für die Nutzung in der Intrahandelsstatistik verbessert worden. Vor allem die Sicherung der bereits eingegebenen Daten in noch unfertigem Zustand ist aus Sicht

der Anwender ein erheblicher Fortschritt gegenüber w3stat.

Ein großes Plus ist auch die Möglichkeit, verschiedene Nutzerkennungen unter einer Kennung zusammenzuführen. Das Problem der statistikspezifischen Nutzerkennungen wurde von den w3stat-Nutzern des Öfteren beanstandet. Durch die Zusammenführung der bereits existierenden Kennungen unter einer Hauptkennung kann jetzt zwischen verschiedenen Nutzern und damit auch zwischen den Statistiken, für die die Nutzer jeweils registriert sind, gewechselt werden.

Im Rahmen der Einführung des IDEV-Systems wurde die Nutzeroberfläche für die Intrahandelsstatistik vollkommen neu gestaltet. Der Aufbau der Internetseiten und die Sicht der Nutzer auf die Gesamtheit der statistischen Erhebungen ist neu. Daher hat sich die Anwenderunterstützung der Fachabteilung im Statistischen Bundesamt auf einen erheblich erhöhten Beratungsbedarf für das IDEV-Verfahren eingestellt. Auch erfordert die Nutzung von IDEV aktuelle Versionen der Browsersoftware. Um eine möglichst hohe Akzeptanz bei den Anwendern zu erreichen und einen möglichst reibungslosen Übergang zu gewährleisten, wurde ein längerer Parallelbetrieb mit freiwilligem Übergang zum neuen Verfahren durchgeführt. Um möglichst frühzeitig den zusätzlichen Beratungsbedarf abschätzen zu können, wurden unter den w3stat-Nutzern freiwillige Tester ausgewählt. Die Tests der IDEV-Funktionalitäten durch diese ausgewählten Unternehmen verliefen für Nutzer und Anwenderbetreuung äußerst positiv, sodass im Anschluss an die Testphase die übrigen registrierten w3stat-Nutzer zügig für IDEV freigeschaltet werden konnten. Mittlerweile verwenden bei der Intrahandelsstatistik bereits drei Viertel der ehemals registrierten w3stat-Nutzer das neue IDEV-System.

Von der Fachabteilung wird angestrebt, weitere Funktionalitäten in die Onlineformulare zu übernehmen. Dazu gehört die Möglichkeit des Imports von CSV-Dateien über frei spezifizierbare Importfilter und die Hinterlegung von Artikellisten und Musterdatensätzen für einen Auskunftspflichtigen.

Nähere Informationen zu IDEV sind unter www.idev.destatis.de zu finden.

Pressegespräch „Konjunkturmotor Export“

Der deutsche Außenhandel hat für das Wirtschaftswachstum sowie den Arbeitsmarkt in Deutschland zentrale Bedeutung. Mehr zum Stand des deutschen Außenhandels und seiner gesamtwirtschaftlichen Verflechtung sind im Materialienband zum Pressegespräch „Konjunkturmotor Export“ am 30. Mai 2006 in Frankfurt/Main unter www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2006/konjunktur-motor_i.pdf.

Bevölkerung, Bildung

Neue Modellrechnung zur Lebenserwartung

Das Statistische Bundesamt hat eine neue Modellrechnung zur Schätzung der Lebenserwartung nach Geburtsjahrgängen erstellt. Diese enthält Generationensterbetafeln für die Geburtsjahrgänge 1871 bis 2004. Eine Generationensterbetafel zeigt, welche durchschnittliche Lebenserwartung ein heute neugeborenes Kind unter Berücksichtigung der möglichen künftigen Entwicklung der Sterblichkeit erreichen könnte. In die Berechnung der Generationensterbetafeln wurden zwei verschiedene Sterblichkeitstrends einbezogen. Ein langfristiger Sterblichkeitstrend (Variante 1) und eine Kombination aus dem langfristigen Sterblichkeitstrend und einem kurzfristigen Sterblichkeitstrend (Variante 2). Beide Trends gehen von einer sinkenden Sterblichkeit in der Zukunft aus, wobei die Variante 2 eine stärker sinkende Sterblichkeit unterstellt.

Demnach hätte ein neugeborener Junge des Jahrgangs 2004 nach der Trendvariante 1 eine durchschnittliche Lebenserwartung von 81,7 Jahren und nach der Trendvariante 2 eine von 84,9 Jahren. Für ein neugeborenes Mädchen des Jahrgangs 2004 ergäbe sich nach der Trendvariante 1 eine Lebenserwartung von 87,8 Jahren und nach der Trendvariante 2 eine von 90,4 Jahren. Vor 135 Jahren konnten neugeborene Jungen des Geburtsjahrgangs 1871 lediglich mit einer Lebenserwartung von 39,1 Jahren rechnen und Mädchen mit einer von 42,1 Jahren. Die Lebenserwartung der Neugeborenen hat sich somit seitdem mehr als verdoppelt.

Nach der Modellrechnung könnten ferner rund 92 % der Männer und 96 % der Frauen des Geburtsjahrgangs 2004 nach der Trendvariante 2 das Alter von 65 Jahren erreichen. Das Alter von 85 Jahren würden immer noch rund 62 % der Männer und 80 % der Frauen erleben. Voraussetzung ist, dass in Zukunft keine Ereignisse wie beispielsweise Kriege und Umwelt- oder Wirtschaftskatastrophen auftreten, die sich nachhaltig negativ auf die Lebenserwartung auswirken und den Trend unterbrechen. Ebenso können diese Werte nur erreicht werden, wenn sich der Rückgang der Sterblichkeit weiter fortsetzt, der eng an die Fortschritte in der Medizin geknüpft ist.

Eine Generationensterbetafel beschreibt die Lebenserwartung der Angehörigen eines Geburtsjahrgangs und unterscheidet sich damit von den Periodensterbetafeln, die das Statistische Bundesamt in regelmäßigen Abständen veröffentlicht. Diese Periodensterbetafeln bilden die durchschnittliche Lebenserwartung der gesamten Bevölkerung während bestimmter Kalenderjahre ab, zuletzt für den Zeitraum 2002/2004. Sie beruhen auf der Zahl der Gestorbenen und der Bevölkerung in diesem Zeitraum und sind zur Beschreibung der gegenwärtigen Sterblichkeitsverhältnisse unverzichtbar. Im Gegensatz zu einer Generationensterbetafel werden hierbei keine Veränderungen der Sterblichkeitsverhältnisse in der Zukunft berücksichtigt. Zum Vergleich: Die Lebenserwartung liegt bei Geburt in der Sterbetafel für den Zeitraum 2002/2004 (Jungen 75,9 Jahre; Mädchen 81,5 Jahre) je nach Trendvariante um rund 6 bis 9 Jahre niedriger als für den Geburtsjahrgang 2004.

Für Generationensterbetafeln werden die Sterbefälle eines Geburtsjahrgangs über die Zeit hinweg betrachtet. Sie sind als Modellrechnung anzusehen, weil Schätzungen zur Sterblichkeit der Geburtsjahrgänge notwendig sind, deren Angehörige noch leben. Bei älteren Geburtsjahrgängen müssen Datenlücken, Gebietsveränderungen und Wanderungsbewegungen berücksichtigt werden, die insbesondere in Deutschland durch die beiden Weltkriege verursacht wurden.

Die Generationensterbetafeln sowie eine detaillierte Beschreibung der Methodik bietet die Veröffentlichung „Generationensterbetafeln für Deutschland, Modellrechnungen für die Geburtsjahrgänge von 1871 – 2004“. Diese ist kostenlos als Download

unter www.destatis.de/shop (Schnellsuche nach „Generationensterbetafeln“) erhältlich.

Eine Sammlung von Periodensterbetafeln kann ebenfalls kostenlos unter www.destatis.de/shop abgerufen werden (Schnellsuche nach „Periodensterbetafeln“).

Bericht „Bildung in Deutschland“

Erstmals wird eine zusammenfassende empirische Bestandsaufnahme vorgelegt, die das deutsche Bildungswesen als Ganzes beschreibt. Der Bericht „Bildung in Deutschland“ gibt anhand von Indikatoren einen Gesamtüberblick über Stand und Entwicklung des deutschen Bildungswesens – von der frühkindlichen Bildung, über die allgemein bildende Schule, die berufliche Bildung und die Hochschule bis zur Weiterbildung, dem Lernen im Erwachsenenalter. Die berechneten Indikatoren basieren in weiten Teilen auf Daten der amtlichen Statistik. Bei der Auswahl der Indikatoren wurde u. a. darauf geachtet, dass sie auf fortschreibbaren Datensätzen basieren und – soweit möglich – länderspezifische und internationale Vergleiche zulassen. Geplant ist, in zweijährigen Abständen weitere Berichte über die Entwicklung in den verschiedenen Bereichen des Bildungswesen zu veröffentlichen. Wie der jetzt veröffentlichte sollen auch die künftigen Berichte weitere Indikatoren zu wechselnden Schwerpunktthemen enthalten. Der erste Bericht setzt einen besonderen Akzent auf das Thema „Migration“ und untersucht die Bedeutung der Zuwanderung für das Bildungswesen.

Erarbeitet wurde der Bericht im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) von einem unabhängigen, interdisziplinär zusammengesetzten Konsortium, dem auch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder angehören. Die Federführung lag beim Deutschen Institut für internationale Pädagogische Forschung (DIPF).

Unter www.bildungsbericht.de stehen weiterführende Materialien und Informationen sowie eine Downloadversion des Berichtes zur Verfügung; auch Informationen zu den Bezugsquellen sind dort zu finden.

Hochschulen auf einen Blick

In der Broschüre „Hochschulen auf einen Blick“ werden nationale hochschulstatistische Kennzahlen zusammengefasst und anschaulich beschrieben. Sie ermöglichen einen Vergleich der Hochschulsysteme der Länder im Hinblick auf Hochschulzugang, Absolventen, Personalstruktur, überregionale Attraktivität und finanzielle Ausstattung.

Die Broschüre steht auf der Website des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/hochschulen zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Landwirtschaft, Umwelt

Im Blickpunkt: „Landwirtschaft in Deutschland und der EU“

Wo steht die deutsche Landwirtschaft im europäischen Vergleich? Wie haben sich Anbauflächen und Viehbestände entwickelt? Welche Bedeutung hat der ökologische Landbau inzwischen? Welche Regionen sind besonders vom Strukturwandel betroffen?

Unser „täglich Brot“ hängt von der Entwicklung eines Wirtschaftsbereichs ab, der einem tief greifenden Wandel unterworfen ist. Die EU arbeitet an der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Die Daten der Landwirtschaftstatistik, die in diesem neuen Blickpunktband zusammengestellt wurden, geben einen umfassenden Überblick über die aktuelle Lage der Landwirtschaft und ihre Entwicklung in den letzten zehn Jahren.

Die gedruckte Ausgabe der Veröffentlichung ist zum Preis von 9,80 Euro im Statistik-Shop oder im Buchhandel bestellbar (ISBN 3-8246-0763-8).

Außerdem bieten wir Ihnen im Statistik-Shop den kompletten Inhalt als PDF-Datei zum kostenlosen Download an (www.destatis.de/shop).

Fachausschuss Landwirtschaftsstatistiken

Ziel der Fachausschuss-Sitzung „Landwirtschaftsstatistiken“ am 18. Mai 2006 in Bonn war die Darstellung und Diskussion möglicher zukünftiger Entwick-

lungen und Veränderungen im agrarstatistischen System, um ein von den Datenlieferanten, den Datenproduzenten und den Datennutzern getragenes Gesamtkonzept zu erreichen. Die Sitzung sollte in diesem Rahmen wichtige Impulse, speziell für den Datenbedarf und die effiziente Gewinnung der Daten liefern. Dazu waren Vertreter von Bundes- und Landesministerien, Statistischen Ämtern, Verbänden und Interessengemeinschaften sowie Datennutzer aus Verwaltung, Wissenschaft und Forschung anwesend.

Herr Dr. Kirschner als Vertreter des Fachausschusses für die Agrarstatistiken (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein) stellte im Rahmen seines Einführungsvortrags fest, dass der Bereich Agrarstatistiken für die Statistischen Ämter eine Aufgabe von vielen darstellt, die aber durch die Vielzahl von Einzelerhebungen und deren Komplexität relativ viele Ressourcen bindet. Gleichzeitig hat dieser Bereich im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union hohe Bedeutung. Die knapper werdenden Ressourcen für das Gesamtsystem aller Statistiken und die Entlastung der Auskunftgebenden von Berichtspflichten erhöhen den Druck, die Datenbedarfe der Nutzer kritisch zu prüfen. Dabei soll das Erreichbare mit gleich bleibend hoher Qualität unter effizientem Personal- und Sachmittelaufwand umgesetzt werden.

Vom Statistischen Bundesamt wurde – ausgehend vom derzeitigen agrarstatistischen System – der aktuelle Stand der Überlegungen auf EU-Ebene zu künftigen Anforderungen an die Agrarstatistiken dargestellt. Für die Strukturerhebungen sind Änderungen in der Periodizität, der Abdeckung der Grundgesamtheit, den Genauigkeitsanforderungen und dem Merkmalsprogramm zu erwarten. In der Summe soll dabei eine Entlastung der Befragten gegenüber dem derzeitigen System erreicht werden, obwohl im Merkmalsprogramm zusätzliche Angaben u. a. zur betrieblichen Einkommenssituation und zu Produktionsmethoden diskutiert werden. Gleichzeitig wird auf EU-Ebene ein modularer Ansatz für die Durchführung der Landwirtschaftszählung 2010 in den Fachgremien erörtert, so dass nicht alle Merkmale in der Haupterhebung zu erfragen sind. Vom Statistischen Landesamt Niedersachsen wurde ergänzend die derzeitige (regionale) Datenverfügbarkeit und die

wesentlichen Aspekte der Nachfrage dargestellt. Schwerpunkt der anschließenden Diskussion war der über die Datenforderungen der EU hinaus gehende nationale Bedarf der verschiedenen Nutzer. Hier wurde vor allem die Notwendigkeit der Verfügbarkeit regional tief gegliederter Daten von verschiedenen Nutzern als wichtig erachtet. Zugleich betonten verschiedenen Teilnehmer die Forderung nach einer stärkeren Nutzung von Verwaltungsdaten zur Entlastung der Berichtspflichtigen.

Hierauf aufbauend wurden vom Statistischem Bundesamt und vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz die Rahmenbedingungen für eine Verwaltungsdatennutzung durch die amtliche Agrarstatistik vorgestellt und durch Praxisbeispiele verdeutlicht. Anschließend stellte das Statistische Bundesamt die derzeitigen Vorstellungen der EU zur künftigen Abgrenzung der Einheiten insbesondere der Strukturerhebungen landwirtschaftlicher Betriebe ab 2010 dar. In der Diskussion wurde u. a. die ausschließliche Orientierung von Entscheidungen für eine Nutzung von Verwaltungsdaten am Datenbedarf von Politik und öffentlichen Entscheidungsträgern als zu einseitig kritisiert. Zudem äußerten verschiedene Teilnehmer die Befürchtung, dass durch die geschilderten möglichen Veränderungen der Erfassungsgrenzen die Zahl der Einheiten, u. a. im Wein- und Gartenbau, zu stark reduziert würde.

Anschließend wurden vom Statistischen Bundesamt und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Entwicklungsperspektiven im Bereich der Erhebungen zu gartenbaulichen Kulturen vorgestellt. Im Rahmen der Diskussion betonten mehrere Teilnehmer, dass sie keine weiteren Einsparmöglichkeiten bei der Baumschul- und Zierpflanzenerhebung sehen, ohne die Aussagekraft der statistischen Daten zu verlieren. Die realisierten Einsparungen hätten bereits zu einem deutlichen Verlust an Informationen über die Wirtschaftsleistung dieser Betriebe geführt.

Die wesentlichen Veränderungen bei der Verbreitung statistischer Informationen von Print-Publikationen hin zu elektronischen Angeboten (Statistik-Shop, Genesis-Online) sowie das Forschungsdatenzentrum der Länder wurden in einem vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit dem Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein erarbeiteten Vor-

trag vorgestellt. Abschließend wurde vom Statistischen Landesamt Mecklenburg-Vorpommern die dort praktizierte Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden geschildert.

Fachausschuss Umweltstatistiken

Am 20. Juni 2006 fand in Bonn eine Sitzung des Fachausschusses „Umweltstatistiken“ statt. Die Sitzung stand unter dem Zeichen des neuen Umweltstatistikgesetzes vom August 2005, nach dem zur Zeit das System der umweltstatistischen Erhebungen angepasst wird. Die bisherigen 20 Erhebungen sind im Prinzip durch das neue Gesetz bestätigt worden, es stehen aber auch eine Reihe von Änderungen an, weil einerseits zum Teil erhebliche Straffungen am Erhebungsprogramm vorgenommen und andererseits, weil dringend benötigte Ergänzungen in das Erhebungsprogramm integriert werden müssen. In den letzten Monaten wurden in einer Serie von Veranstaltungen mit Ministerien und Verbänden wichtige Änderungen im Erhebungsprogramm ab dem Berichtsjahr 2006 besprochen. Im Fachausschuss wurden für die Vertreter von Ministerien, Verbänden und Unternehmen noch einmal die wichtigsten Änderungen des Gesetzes sowie die Aktivitäten der letzten Monate zusammengefasst und diskutiert. Insbesondere wurde auf die Umsetzungen in den entsprechenden Erhebungen ab dem Berichtsjahr 2006 (wobei die Erhebungsbögen Anfang 2007 versandt werden) eingegangen.

Im Zentrum der Sitzung standen die Gründe für die Anpassung des Gesetzes: Das „alte“ Umweltstatistikgesetz von 1994 war aus verschiedenen Gründen novellierungsbedürftig, dazu gehört die Anpassung der nationalen Rechtssetzung an veränderte Rahmenbedingungen im Bereich der Statistik auf EU-Ebene, die Übernahme der Empfehlungen des Statistischen Beirats an die Bundesregierung und der Initiative Bürokratieabbau zur Straffung, Rationalisierung und Weiterentwicklung der amtlichen Statistik sowie die Aufnahme neuer Datenanforderungen der Umweltpolitik wie zum Beispiel Klimaschutz und erneuerbare Energien. Zunehmend werden nationale Statistiken von europäischen und internationalen Vorgaben bestimmt. Im Bereich der Umweltstatistik gehören insbesondere dazu die Abfallstatistik-VO,

die Abfallrahmen-Richtlinie, die Wasserrahmen-Richtlinie, die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen sowie Kyoto-Protokoll sowie die Strukturelle Unternehmensstatistik-VO. Diese sich zum Teil widersprechenden Anforderungen wurden im gut 3-jährigen Novellierungsprozess so weit wie möglich berücksichtigt. Die daraus für die einzelnen umweltstatistischen Erhebungen sich ergebenden Änderungen wurden ausführlich im Fachausschuss erörtert und bestätigt.

Gesundheit, Mikrozensus, Haushalte

Neues Krankenhausverzeichnis

Das Verzeichnis enthält Informationen zu Name und Adresse, Telefon- und Telefaxnummer, E-Mail- und Internetadresse der Einrichtungen, Name und Art des Trägers sowie Anzahl der aufgestellten Betten nach Fachabteilungen (bei Krankenhäusern zusätzlich Anzahl der Tages- und Nachtambulanzplätze). Diese Informationen basieren auf den Meldungen zur amtlichen Krankenhausstatistik für das Berichtsjahr 2004.

Als Gemeinschaftsprodukt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder kann das Krankenhausverzeichnis zum Preis von 49,- Euro als Download über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes bezogen werden (www.destatis.de/shop).

Ergebnisse des Mikrozensus 2005

Am 6. Juni 2006 fand in der Bundespressekonferenz Berlin eine Pressekonferenz zum Mikrozensus statt. Neben den Ergebnissen zur Entwicklung der Haushalte und zur Gesundheit wurden erstmals Zahlen zum Migrationshintergrund der Bevölkerung veröffentlicht. Detaillierte Ergebnisse des Mikrozensus 2005 zu diesem Sachverhalt und einer Vielzahl weiterer Themenfelder, wie zum Beispiel zur Struktur der Haushalte, den Lebensformen und der Gesundheitssituation der Bevölkerung, enthält die Pressebrochure „Leben in Deutschland – Haushalte, Familien und Gesundheit, Ergebnisse des Mikrozensus 2005“ www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2006/deutsch/pk/2006/mikrozensus_2005i.pdf.

Einladung zum Mikrozensus-Nutzer-Workshop

Unter dem Titel „Das Mikrozensus-Panel 1996 – 1999 als Scientific Use File: Eine Einführung“ veranstaltet das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim am 14. September 2006 in enger Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt (Gruppe VIII C – Mikrozensus, Arbeitskräftestichprobe, Haushalte und Familie) einen Workshop für die Nutzer des Mikrozensus-Panel-Scientific-Use-Files (Organisation: Bernhard Schimpl-Neimanns, ZUMA).

Der Mikrozensus ist als rotierende Panelstichprobe angelegt, bei der jedes Jahr ein Viertel der Auswahlbezirke ausgetauscht und die Haushalte eines Auswahlbezirks vier Jahre lang befragt werden. Seit kurzem steht das erste Mikrozensus-Panel als Scientific-Use-File zur Verfügung. Es bezieht sich auf den Zeitraum 1996 bis 1999 und umfasst rund 120 000 Personen und 55 000 Haushalte je Erhebungszeitpunkt.

Im Zentrum des Workshops steht die Vermittlung von anwendungsorientiertem Basiswissen für diesen neuen Mikrozensus-Datentyp. Der Workshop richtet sich primär an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die bereits mit Querschnittsdaten des Mikrozensus gearbeitet haben, ist aber auch offen für interessierte Wissenschaftler/-innen ohne Mikrozensus-Vorkenntnisse.

Der Workshop gibt einen Überblick über das Erhebungsdesign, die Zusammenführung der Querschnittsdaten und die Konstruktion von neuen Identifikatoren und Hochrechnungsfaktoren für den Längsschnitt. Praktische Anwendungen werden durch Auswertungsbeispiele beschrieben. Die Referenten sind Mitglieder des Projektes Methodenverbund „Aufbereitung und Bereitstellung des Mikrozensus als Panelstichprobe“.

Der Teilnahmebetrag beläuft sich auf 60,- Euro (Studierende: 40,- Euro). Die Teilnehmerzahl ist auf 18 begrenzt. Interessenten werden gebeten, sich beim ZUMA-Tagungssekretariat (workshop@zuma-mannheim.de, Telefon 0621/1246-221) anzumelden.

Neue gesetzliche Grundlage für die IKT-Erhebung bei privaten Haushalten

Die im Zeitraum von 2002 bis 2005 als europäische Pilotstudie durchgeführte Erhebung über die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten wird im Jahr 2006 erstmalig als reguläre Erhebung stattfinden. Fünf Jahre lang werden in Deutschland jährlich 12 000 private Haushalte zu ihrer Nutzung von IKT befragt.

Die Erhebung wird in allen EU-Mitgliedstaaten durchgeführt und basiert auf der Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (Amtsbl. der EU Nr. L 143, S. 49) sowie der Verordnung (EG) Nr. 1099/2005 der Kommission vom 13. Juli 2005 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (Amtsbl. der EU Nr. L 183, S. 47).

Deutschland hat die europäische Verordnung über das Gesetz über die Statistik zur Informationsgesellschaft (Informationsgesellschaftsstatistikgesetz – InfoGesStatG) in nationales Recht überführt und somit eine neue nationale Rechtsgrundlage geschaffen. Die IKT-Erhebung wird deshalb nicht mehr als eine Erhebung nach § 7 des Bundesstatistikgesetzes [Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Juni 2005 (BGBl. I S. 1534)] umgesetzt, sondern stützt sich auf das InfoGesStatG vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3685). Die Erhebung wird als schriftliche Befragung durchgeführt. Jeder Haushalt erhält einen Haushaltsbogen und jede im Haushalt lebende Person ab 10 Jahren einen Personenfragebogen. Im Haushaltsfragebogen werden Angaben zur Ausstattung mit Informationstechnologien und zu den Zugangsmöglichkeiten zum Internet erhoben. Im Personenfragebogen werden Fragen zur Computernutzung, zur Internetnutzung, zu den Fähigkeiten und Kenntnissen im Umgang mit Computern und Internet sowie zur Inanspruchnahme von E-Commerce- und E-Government-Dienstleistungen gestellt.

Ziel der IKT-Erhebung ist es, ein umfassendes Bild über die Nutzung und Verbreitung von Computern

und Internet in Deutschland zu erstellen; die IKT-Erhebung bei privaten Haushalten ermöglicht zudem den europäischen Vergleich.

Organisation des Statistischen Bundesamtes

Messung von Bürokratiekosten auf der Grundlage des Standardkosten-Modells

Mit Erlass vom 5. Juli 2006 hat das Bundesministerium des Innern (BMI) dem Statistischen Bundesamt u.a. folgende Aufgaben übertragen:

- Unterstützung der Geschäftsstelle der Koordinatorin für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung beim Bundeskanzleramt bei der Planung und Koordinierung der Erhebung nach dem SKM,
- mit Unterstützung der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAköV) die Schulung der Ansprechpartner und des für die Durchführung des Verfahrens benötigten Personals,
- Unterstützung der Bundesressorts bei der Identifizierung und Erfassung von Informationspflichten (zunächst der Wirtschaft, später der Bürger und der Verwaltung),
- Sammlung der von den Ressorts aufbereiteten Informationspflichten (Datenerhebung und Analyse) und Durchführung einer vollständigen Bestands (Null-) Messung der Informationspflichten,
- Schätzung und Bereitstellung von Daten über die zu erwartende Belastung aufgrund von Informationspflichten aus Gesetzesvorhaben bzw. geplanten Änderungen bestehender Gesetze,
- Unterstützung der Geschäftsstelle bei der praktischen Auswertung von Stellungnahmen des Normkontrollrates sowie Aufzeichnung der von Ressorts initiierten und durchgeführten Vereinfachungs- und Reduktionsverfahren,
- Umsetzung von Maßnahmen auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit,
- Mitwirkung beim Erfahrungsaustausch zur Einführung des SKM mit den Ländern und auf EU-Ebene,
- (Weiter-) Entwicklung des Methodenhandbuchs und des Messinstrumentariums,

- Beiträge zur Berichterstattung über die Messergebnisse sowie deren Dokumentation.

Die Fachaufsicht über das Statistische Bundesamt wird insoweit durch das Bundeskanzleramt wahrgenommen; die Dienstaufsicht verbleibt beim Bundesministerium des Innern.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben wird ein neuer Arbeitsbereich „Standardkosten-Modell (SKM)“ gebildet. Er wird in der Abteilung I unmittelbar der Leitung der Abteilung I zugeordnet. Die Leitung des Bereichs wird Oberregierungsrat Bernd Schmidt, Referatsleiter in der Gruppe I A „Grundsatzfragen, nationale und internationale Koordinierung“, übertragen.

Personalnachrichten

Statistischer Beirat

Ministerialrat BRH Klaus-Jochen Stein vertritt als Nachfolger von Ministerialrätin Dorothea Kranz den Bundesrechnungshof im Statistischen Beirat.

Eurostat

Die EU-Kommission hat am 12. April 2006 Herrn Hervé Carré zum neuen Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) ernannt. Herr Carré hat sein Amt als neuer Generaldirektor am 1. Mai 2006 angetreten und ist damit Nachfolger des Ende Februar 2006 verstorbenen bisherigen Generaldirektors Günter Hanreich. Herr Carré ist französischer Staatsbürger, seit 1973 im Dienste der EU-Kommission, zuletzt als stellvertretender Generaldirektor in der Generaldirektion „Wirtschaft und Finanzen“ tätig.

Außerdem wurde Peter Bekx zum neuen Eurostat-Direktor der Abteilung „Unternehmensstatistik“ ernannt. Herr Bekx hat sein Amt am 1. Juni 2006 angetreten.

Statistisches Bundesamt

Leitende Regiergungsdirektorin Dr. Sabine Bechtold wurde mit der Wahrnehmung der Leitung der Abteilung VI „Wahlen, Bevölkerung, Bildung, Staat“ beauftragt.

Leitende Regiergungsdirektorin Hannelore Pöschl wurde die Leitung der Abteilung VII „Dienstleistungen, Landwirtschaft, Umwelt“ sowie der Leitung der Zweigstelle Bonn übertragen.

Regiergungsdirektor Ernst Schrey, Leiter der Gruppe II D „IT-Nutzerservice, Statistische und GEO-Informationssysteme“ wurde zum Leitenden Regiergungsdirektor ernannt.

Regiergungsdirektor Ludwig Wallacher, Leiter der Gruppe VII C „Dienstleistungen, Kostenstruktur, Eisen und Stahl, Auslandsberichterstattung“, wurde zum Leitenden Regiergungsdirektor ernannt.

Regiergungsdirektor Peter Bleses wurde die Leitung der Gruppe III C „Input-Output-Rechnungen, Vermögensrechnung“ übertragen.

Dipl. Geogr. Stefan Gruber wurde die Leitung der Gruppe VIII C „Mikrozensus, Arbeitskräftestichprobe, Haushalte und Familie“ übertragen.

Regiergungsrätin Anja Gühnen wurde zur Referatsleiterin in der Gruppe Z C „Personal, Aus- und Fortbildung“ bestellt.

Regiergungsoberamtsrätin Birgit Buchholz, Referatsleiterin in der Gruppe Z C „Personal, Aus- und Fortbildung“, wurde zur Regiergungsrätin ernannt.

Regiergungsrat Marc Schulirsch, Referatsleiter in der Gruppe II D „IT-Nutzerservice, Statistische und GEO-Informationssysteme“, wurde zum Oberregiergungsrat ernannt.

Regiergungsrätin z. A. Tanja Götzke, mit der Wahrnehmung beauftragte Referatsleiterin in der Gruppe III A „Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts“, wurde unter Verleihung der Eigenschaft einer Beamtin auf Lebenszeit zur Regiergungsrätin ernannt.

Regiergungsrat Frank Schüller wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Gruppe VI B „Bildung, Forschung und Entwicklung, Kultur, Rechtspflege“ beauftragt.

Dipl. agr. - Ing Dr. Matthias Walter wurde zum Referatsleiter in der Gruppe VII A „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ bestellt.

Regiergungsdirektor Dr. Klaus Schüler ist in der Freistellungsphase seiner Altersteilzeit am 19. Mai 2006 verstorben. Er war zuletzt seit dem 1. Oktober 1978 bei der Gruppe Z C – Personal, Aus- und Fortbildung – tätig.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Regiergungsdirektor Hans-Hermann Steiger, Leiter des Referats 41 „Verarbeitendes Gewerbe“, ist mit Ablauf des 30. Juni 2006 auf seinen Antrag in den Ruhestand getreten.

Tagungskalender

Tagungstermin

Tagungsort

Tagung

Tagungen im Zeitraum April bis Juni 2006

4.- 6. April 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
6./7. April 2006	Stralsund	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
25./26. April 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handwerk“
26./27. April 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
27. April 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“
27./28. April 2006	Thüringen	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
2./3. Mai 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
16./17. Mai 2006	Bonn	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
18. Mai 2006	Bonn	Fachausschuss „Landwirtschaftsstatistik“
22.- 24. Mai 2006	Hamburg	Amtsleitertagung
30./31. Mai 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Schulstatistik“ und Referentenbesprechung „Berufsbildungsstatistik“
31. Mai/1. Juni 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Bevölkerungsvorausberechnung“
8. Juni 2006	Wiesbaden	Fachausschuss „Klassifikationen“
13./14. Juni 2006	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
20. Juni 2006	Bonn	Fachausschuss „Umweltstatistik“
20./21. Juni 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Sozialhilfestatistik“
21. Juni 2006	Wiesbaden	Statistischer Beirat
21./22. Juni 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
22. Juni 2006	Wiesbaden	Arbeitskreis „Berufsbildungsstatistik“

28./29. Juni 2006	Wiesbaden	Arbeitskreis „Fragen der mathematischen Methodik“
-------------------	-----------	---

Tagungen im Zeitraum Juli bis Dezember 2006

5.- 7. September 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
13./14. September 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Fragen der Landwirtschaftsstatistik“
14. September 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Flächenstatistik“
14./15. September 2006	Hannover	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
18.- 21. September 2006	Dresden	Statistische Woche
19.- 21. September 2006	Düsseldorf	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
26./27. September 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugendhilfestatistik“
27.- 29. September 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
5./6. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
17./18. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
18./19. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
23./24. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigenstatistik“
24./25. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
25./26. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeitsstatistiken“
26./27. Oktober 2006	Kiel	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
31. Oktober 2006	Wiesbaden	Fachausschuss „Handelsstatistik“
2. November 2006	Wiesbaden	Fachausschuss „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“
7./8. November 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
8. November 2006	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz

9./10. November 2006	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
14./15. November 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
15./16. November 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
20./21. November 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
21. November 2006	Wiesbaden	Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“
28./29. November 2006	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“

Haus- und Lieferadresse: Delta-Haus - Rotunde, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden
Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden
Telefax: +49 (0) 611 / 724000, Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: post@destatis.de

Zweigstelle Bonn
Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
Postfach 170377, 53029 Bonn
Telefax: +49 (0) 1888 / 6448990, Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: post@destatis.de

i-Punkt Berlin - Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: i-punkt@destatis.de
EDS Europäischer Datenservice - Internet: <http://www.eds.destatis.de>, E-Mail: eds@destatis.de
Haus- und Lieferadresse: Otto-Braun-Straße 70/72 (Eingang Karl-Marx-Allee), 10178 Berlin
Postfach 11 01 02, 10831 Berlin, Telefon: +49 (0) 1888 / 6449427/28
Telefax: +49 (0) 1888 / 6449430

Telefonische Erreichbarkeit für alle Dienststellen:
+49 (0) 611 / 75-1 Bei Durchwahl: 75 und Hausanschluss-Nr. neben dem Namen wählen
+49 (0) 1888 / 644-1 Bei Durchwahl: 644 und Hausanschluss-Nr. neben dem Namen wählen

Präsident ^{a)} Hahlen	2100 Fax: 753183
---	-----------------------------------

Vizepräsident Radermacher	2200 Fax: 753183
--------------------------------------	-----------------------------------

Bundeswahlleiter: Präsident Hahlen Vertreterin: LRDn Dr. Bechtold	2100 2160
--	--------------

Allgemeine Verbindung zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Geschäftsführer: LRD Glöckler Vertreterin: ORRn Hein	2753 4288 Fax: 752538
---	-----------------------------

ORGANISATIONSPLAN

Stand: 10. Juli 2006
Aktenzeichen: ZA/13010011-R1Plan

